

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **585 000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Nach einer Bekanntmachung des Sekretärs des Internationalen Metallarbeiter-Bundes in der Rundschau vom März 1913 findet der

VII. internationale Metallarbeiterkongress in Berlin am 6. und 7. August 1913 statt mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Sekretärs.
2. Diskussion darüber.
3. Beratung über den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen.
4. Regelmäßige Berichterstattung an das Internationale Sekretariat.
5. Wahl des Sekretärs.
6. Verschiedenes.

Mit Rücksicht darauf, daß der Kongress in Deutschland stattfindet und vom Kongressland die Entsendung einer etwas stärkeren Delegation üblich ist, hat der Vorstand — vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlung in Breslau — beschloffen, den Verband durch 25 Delegierte auf dem Kongress vertreten zu lassen. Diese verteilen sich nach der Stärke der Mitgliedschaften auf die einzelnen Verbandsinstanzen und Bezirke wie folgt:

Vorstand	2 Delegierte
Redaktion und Ausschuss je 1	2
1., 2. und 3. Bezirk je 1	3
5., 6., 7., 8., 9. und 10. Bezirk je 2	12
4. und 11. Bezirk je 3	6
Zusammen	25 Delegierte

Die Wahl der Delegierten in den elf Verbandsbezirken findet nach den im Wahlreglement zur Vornahme der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Breslau aufgestellten allgemeinen Grundsätzen statt, also durch die direkte Wahl der Verbandsmitglieder. Abweichend hiervon gilt in einzelnen folgenden:

Wahlabteilungen und Zentralwahlkomitee.

Jeder der elf Verbandsbezirke bildet eine Wahlabteilung. Als Wahlvorstand fungiert die Bezirksleitung mit dem Bezirksleiter als Vorsitzenden. Tritt der Bezirksleiter, oder in Bezirken mit zwei Bezirksleitern beide, als Bewerber auf, so übernimmt ein anderes Mitglied der Bezirkskommission den Vorsitz im Zentralwahlkomitee. An Stelle eines Mitgliedes der Bezirkskommission kann auch einer der im Bezirksbureau beschäftigten Hilfsbeamten mit dem Vorsitz im Zentralwahlkomitee betraut werden. Die Ernennung eines andern Vorsitzenden ist den Ortsverwaltungen sofort unter Angabe seiner Adresse mitzuteilen.

Kandidatenvorschläge.

Die Kandidatenvorschläge sind bis einschließlich den 1. Juli an den Vorsitzenden des Zentralwahlkomitees einzureichen, der sie zu einer Vorschlagsliste zusammenzustellen und diese den Verwaltungen mindestens eine Woche vor dem Wahltag zuzustellen hat.

Wahltag.

Als Wahltag wird Sonntag der 20. Juli mit der gleichen Wahlzeit wie für die allgemeinen Delegiertenwahlen festgesetzt.

Wahlhandlung.

Bezüglich der Wahlhandlung gelten gleichfalls die Vorschriften des allgemeinen Wahlreglements. Die Vorschlagslisten sind in den einzelnen Wahllokalen an einer für jeden Wähler sichtbaren Stelle als Wahlplakat aufzuhängen. Die Abstimmung erfolgt unter Benützung vom Vorstand gelieferter Stimmzettel, auf die der Wähler soviel Namen aufzuschreiben hat, wie Delegierte in der Wahlabteilung zu wählen sind.

Einsendung der Wahlergebnisse.

Die Einsendung der Wahlergebnisse an das Zentralwahlkomitee hat bis einschließlich den 23. Juli zu erfolgen. Die Zusammenstellung der Wahlergebnisse darf nicht vor dem 24. Juli geschehen. Als gewählt gelten die mit der höchsten Stimmenzahl aus der Wahl hervorgehenden Kandidaten.

Nach Feststellung des Wahlergebnisses ist den Ortsverwaltungen Kenntnis von dem Ausgang der Wahl unter Angabe der auf die einzelnen Kandidaten entfallenen Stimmen zu geben und den gewählten Delegierten das Mandat vom Zentralwahlkomitee auszufertigen.

Der Vorstand.

Zu unserer 11. Generalversammlung.

Am 16. Juni werden sich in Breslau die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu mehrwöchigen ernstlichen Beratungen versammeln. Die Aufgaben, die der Erledigung durch die 11. Generalversammlung harren, sind zahlreich und mannigfaltig, wie allein ein Blick auf die 341 Anträge zeigt, die in Nr. 14 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht worden sind. In der Erledigung dieser Anträge allein wird sich jedoch die Tätigkeit der Generalversammlung nicht erschöpfen. Beim Bericht des Vorstandes werden noch manche Fragen auftauchen, von denen einige bereits Schatten vorausgeworfen haben. Der Bericht des Vorstandes wird auch Gelegenheit bieten, festzustellen, welche Wirkungen die Beschlüsse der Mannheimer Generalversammlung auf die Entwicklung unserer Organisation ausübten. Der wichtigste Beschluß in Mannheim war bekanntlich die Erhöhung der Beiträge um 10 und 5 S. Dadurch wurden die Einnahmen in ein besseres Verhältnis zu den Ausgaben gebracht, das Finanzwesen des Verbandes auf eine sicherere Grundlage gestellt, so daß endlich die Aussicht besteht, den längst ersehnten Fiskus in genügend Höhe und Festigkeit errichten zu können. Die bisherigen Rechnungsergebnisse zeigen das. Während unsere Hauptkasse das Jahr 1910 mit einem Vermögen von 4 112 610,94 M. abschloß, hatte es sich bis Ende 1911, trotz der hohen Ausgaben für Streiks, auf 6 360 419,61 M. erhöht, um bis Ende 1912 auf 11 370 379,04 M. zu steigern. Die Mehrung seit 1910 beträgt 7 277 868,10 M. Es sind aber auch nicht die schlimmen Wirkungen eingetreten, die von den Gegnern der Beitragserhöhung vorausgesagt worden waren. Die Mitgliederzunahme ist zwar etwas verlangsamt worden, aber sie war immerhin noch eine bedeutende. Wir müßten es deshalb für einen großen Fehler halten, wenn durch Experimente, deren Nutzen zweifelhaft ist, unser Verbandsgebäude erschüttert, in seiner ruhigen Fortentwicklung gestört würde.

Bevor wir weitergehen, einige Worte über die Tagesordnung. Sie ist reichlich genug, so daß uns ihre weitere Belastung mehr als überflüssig erscheint, um so mehr da es sich bei den Anträgen, die darauf abzielen, um Fragen handelt, die zum Teil in letzter Zeit schon ausführlich besprochen worden sind. Ueber die Arbeitsverhältnisse in der Schwerindustrie ist von unserm Verbands ein dickes Buch herausgegeben worden, zahlreiche sind die Artikel, die darüber in der Metallarbeiter-Zeitung erschienen sind. Die Frage des Sozialisationsrechts ist auf dem Dresdener Generalkongress 1911 ausführlich behandelt worden. Ueber diese beiden Punkte neues zu sagen ist fast unmöglich. Ueber die Ferienfrage ist kürzlich eine Broschüre vom Verbandsvorstand herausgegeben worden, die ein Referat auf der Generalversammlung mehr als ersetzt. Die ungeteilte Arbeitszeit, obwohl sehr erstrebenswert, setzt verschiedene andere Forderungen voraus, so namentlich die ungeteilte Unterrichtszeit in den Schulen. Darauf hinzuwirken ist möglich, ohne daß wir darüber einen Beschluß fassen. Bei Bemessung der Tagesordnung ist auch etwas darauf Rücksicht zu nehmen, daß den Vertretern noch einige Zeit dafür bleibt, einige der zahlreichsten Sehenswürdigkeiten der Stadt Breslau zu besichtigen. Es ist doch gewiß mit der — wir dürfen wohl sagen kulturelle — Zweck, daß man für jede Generalversammlung einen andern Ort wählt. Breslau bietet in diesem Jahre ja durch seine Ausstellung noch die besondere Gelegenheit, auch kulturgeschichtliche Studien zu machen.

Es sind wirklich sonst noch Gegenstände genug zu erledigen. Man betrachte die Menge von Anträgen. Darunter befinden sich wieder viele alte Bekannte, sogenannte „Ladenhüter“. Die Urheber so mancher Anträge hätten sich vielleicht ihre Mühe gespart, wenn sie sich über die Verhandlungen der früheren Generalversammlungen unterrichtet hätten. Als wir sie in Nr. 14 gedruckt vor uns sahen, erigten uns im Geiste eine große Schaar von Einwendern zu ihrer Begründung. Aber die Zahl der Einwendungen blieb wider Erwarten gering, sie stehen in einem argen Mißverhältnis zu der Flut der Anträge. Dadurch wurden wir sehr angenehm enttäuscht.

Streifen wir nun einige Punkte zu näherer Würdigung heraus. Da sind zunächst die aus 29 Orten eingelaufenen Anträge auf Einführung von Staffelleistungen. Wir zählen die Einführung von solchen Beiträgen für unsern Verband unter die zweifelhaftesten Experimente, von denen wir schon sprachen. Die Gründe, die in früheren Jahren dafür angegeben wurden, sind inzwischen nicht stichhaltiger geworden, die Gründe dagegen besitzen noch jetzt die gleiche Beweisstärke wie früher. Gar manche Vertreter auf früheren Generalversammlungen haben für Staffelleistungen Gründe angeführt, die sehr bald in ihrem eigenen Bezirk durch die Entwicklung des Verbandes widerlegt wurden. So besauptete auch auf der Mannheimer Generalversammlung ein Vertreter aus einem Bezirk mit verhältnismäßig niedrigen Löhnen, daß durch die obligatorische Beitragserhöhung die Gewinnung von Mitgliedern sehr erschwert werde, ja ein Mitgliederrückgang eintreten würde. Er trat deshalb dafür ein, den Beitrag teilweise auf 60 S. zu lassen. Die Mitgliederzahl des betreffenden Bezirks erhöhte sich aber 1911 fast um 1300 und 1912 hat sie sich um weitere 500 vermehrt. Es ist schon früher darauf hingewiesen worden, daß der „Griffelige“ Metallarbeiterverband durch die Einführung der Staffelleistungen nichts gewonnen hat. Die Stroh-Dunderfäden haben allgemein einen niedrigen Beitrag. Welchen Erfolg haben sie bisher damit erzielt? Ihre Mitgliederzahlen geben die Antwort darauf. Steig die Beiträge den niedrigen Verdiensten in einzelnen Bezirken Deutschlands anzupassen, müssen wir uns dafür einsetzen, vor allem in diesen Bezirken eine Erhöhung der Löhne herbeizuführen. Die Staffelleistungen bedingen aber nach unserer Überzeugung auch ein anderes

Rechnungswesen in unserem Verbands, eine Vereinfachung. Die Aufrechnung der verschiedenen Unterstützungen müßte aufgegeben und dafür für jede Unterstützungsart, unabhängig von den anderen, eine Höchstsumme für den Bezug festgesetzt werden. Ob darüber große Zufriedenheit herrschen würde? Die Bestürmter der Staffelleistungen sollten es doch in erster Linie auch für ihre Pflicht halten, brauchbare Formulierungen für die Durchführung ihrer Vorschläge zu machen.

Einen unstrittigen Punkt bildet auch die Erhöhung der Streikunterstützung. Es ist dabei aber zu beachten, daß an den Orten, wo sich die statutenmäßige Unterstützung aus der Hauptkasse als zu gering erweist, sie durch Unterstützungen aus der Ortskasse ergänzt werden kann. Die besseren Verdienste an solchen Orten ermöglichen den Mitgliedern auch eine höhere Beitragsleistung für diesen Zweck. Eher könnten wir uns mit einer Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung befassen, wobei jedoch zu erwägen wäre, ob sich nicht eine Ermäßigung der Krankenunterstützung empfiehlt. Dies jedoch nur zu dem Zweck, die Zuführung von Mitteln zu unserem Kampffonds nicht zu schmälern.

Durch die Anträge zu § 38 des Statuts soll nach einer Einsetzung für Beschlüsse bei Aussperrungen und Streiks die Verantwortung denen aufgebürdet werden, die sie letzten Endes zu tragen haben. Wie sollen diese eventuell zur Verantwortung gezogen werden? Auch soll durch diese Anträge die Demokratie an Ausdehnung gewinnen. Die Demokratie kann aber bei einer Zentralfunktion, wie sie unser Verband darstellt, nicht dadurch gewinnen, wenn begrenzte Kreise Entscheidungen treffen können, durch die die Gesamtheit in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Demokratie wird deshalb in unserm Verbands am besten gewahrt durch Entscheidungen der von der Gesamtheit eingesetzten Instanzen. Natürlich können auch diese Instanzen sich einmal irren, aber diese können dann auch für grobe Fehler oder Unterlassungen verantwortlich gemacht werden.

Von den Anträgen zu statistischen Erhebungen wird wohl der größte Teil als nicht genügend begründet erachtet werden müssen. Auch muß berücksichtigt werden, daß unsere Ortsverbände und auch die Bezirke nicht mehr als nötig mit diesen Arbeiten belastet werden dürfen. Die Agitation erfordert ohnehin die Herausgabe zahlreicher Druckschriften, deren Inhalt doch auch nicht aus dem Kermel geschüttelt werden kann.

In dem besonderen Wunschzettel für die Agitation befindet sich auch ein Antrag auf Anstellung geeigneter Lehrkräfte.

Mitglieder in systematischen Unterrichtskursen mit dem Wesen und den Berechnungsmethoden der modernen Lohnkalkulation der großen Industriebetriebe vertraut zu machen. Wir meinen, daß das darüber erhaltene Material auch auf andere als die vorgeschlagene Weise den Arbeitern vermittelt werden kann, wahrscheinlich sogar noch besser und billiger.

Der Jugendbewegung wird zweifellos von der Generalversammlung durch Beschlüsse die gebührende Würdigung und nötige Förderung zuteil werden. Den Feinden der Arbeiterbewegung muß gezeigt werden, daß wir zu ihren reaktionären Zwecken nicht auch unsere Jugend mißbrauchen lassen, sondern diese für unsere, für ihre eigene Sache erziehen wollen.

Die Mannheimer Generalversammlung hat zur Erhöhung der Gehalte der Verbandsangestellten einen Standpunkt eingenommen, der große Verstimmungen hervorgerufen hat. Die „Beratung“ darüber war nicht sehr erhellend. Wir hoffen, daß die Breslauer Generalversammlung zu diesem Punkte eine bessere Stellung einnehmen wird. Diese Angelegenheit erheischt eine recht ruhige Behandlung.

Daß nach einigen Anträgen ein Gelegenheitsgeleihen gegen die Metallarbeiter-Zeitung geschaffen werden soll, wollen wir hier auch noch erwähnen. Wenn es der Generalversammlung genehm sein sollte, in eine Beratung darüber einzutreten, so werden wir nicht ermangeln, ihr die nötigen Unterlagen zur Würdigung dieser Anträge zu geben. Dadurch würden die Antragsteller selbst erst ein zutreffendes Bild vom Zusammenhang der Dinge erhalten. Aber einige Zeit wird das beantragt.

Wie eingangs gesagt: die Aufgaben der Generalversammlung sind zahlreich und mannigfaltig. Die Zahl der Vertreter ist größer als die jeder früheren Generalversammlung. Es wird deshalb weiser Beschränkung des Einzelnen bedürfen. Dem Redebedürfnis sollen ohnehin auch durch eine neue Geschäftsordnung engere Grenzen als früher gezogen werden. Es kommt auch nicht auf die Länge der Reden und auch nicht auf deren Zahl an. Leitender Gedanke bei unseren Beratungen muß auch sein, in kürzester Zeit das möglichst günstige Resultat für unsern Verband, für seine fernere Entwicklung zu bringen. Mit diesen Vorschlägen werden die Vertreter nach Breslau gehen. In diesem Sinne bitten wir ihnen ein herzliches Glück auf!

Zeitlohn.

Die Arbeitskraft wird für eine bestimmte Zeit veräußert und ist die Form, in welcher der Tages- oder Wochenwert der Arbeitskraft sich zeigt, in erster Linie der Zeit- oder Taglohn. Die Summe, die der Arbeiter für seine Tages- oder Wochenarbeit erhält, bildet den nach seinem Werte geschätzten Betrag des Arbeitslohnes. Uebereinstimmend mit der Länge des Arbeitstages, also der durch ihn geleisteten Arbeitsmenge, kann derselbe Tag- oder Wochenlohn einen sehr verschiedenen Preis der Arbeit, das will sagen, sehr verschiedene Geldsummen für dieselbe Arbeitsmenge vorstellen. Man muß also beim Zeitlohn einen Unterschied machen zwischen dem Gesamtbetrag des Arbeitslohnes und dem Preise der Arbeit.

Wie wird nun der Preis, das ist der Geldwert einer gewissen Arbeitsmenge gefunden? Man erhält den Durchschnittspreis der

Arbeit, wenn man den durchschnittlichen Tageswert der Arbeitskraft durch die Anzahl Stunden des durchschnittlichen Arbeitstages teilt. Ist zum Beispiel der Tageswert der Arbeitskraft 3 M. (das Wertergebnis von sechs Stunden) und ist der Arbeitstag zwölf Stunden lang, dann ist der Preis von einer Stunde Arbeit der zwölfte Teil von 3 M., das ist 25 S. Dies ist dann das Einheitsmaß für den Preis der Arbeit in einer Stunde. Hieraus folgt, daß der Tag- oder Wochenlohn gleich bleiben kann, wenn auch der Preis der Arbeit fällt. Beträgt der Arbeitstag zum Beispiel zehn Stunden und der Tageswert der Arbeitskraft 3 M., dann würde der Preis der Arbeit 30 S. sein. Ist der Arbeitstag zwölf Stunden lang, dann sinkt der Arbeitslohn auf 25 S. die Stunde, und zählt er 15 Stunden, dann sinkt der Arbeitslohn auf 20 S. Tag- oder Wochenlohn bleiben nichtsdestoweniger unverändert. Umgekehrt kann der Tag- oder Wochenlohn steigen, mag auch der Preis der Arbeit unverändert bleiben oder sinken. Ist der Arbeitstag zehn Stunden und der Tageswert der Arbeitskraft 3 M., dann ist der Preis einer Stunde 30 S. Arbeitet der Arbeiter bei gleichbleibendem Preise der Arbeit zwölf Stunden, dann steigt sein Taglohn auf 3 M. 60 S., nämlich 12 mal 30 S. Dasselbe gilt von den Einkünften der Arbeiterfamilie, sobald die gelieferte Arbeitsmenge des Hauptes der Familie durch die Arbeit der anderen Familienmitglieder vermehrt wird. Allgemeines Gesetz ist: Ist die Menge der Arbeit für den Tag oder die Woche gegeben, dann hängt der Lohn des Tages oder der Woche von der Arbeit ab und diese wechselt mit dem Werte der Arbeitskraft oder mit den Abweichungen ihres Preises und Wertes. Ist dagegen der Preis der Arbeit gegeben, dann hängt der Tages- oder Wochenlohn von der Menge der Tages- oder Wochenarbeit ab.

Die Inhaltseinheit des Zeitlohnes, der Preis der Arbeitsstunde, ist der Bruchteil vom Tageswerte der Arbeitskraft, geteilt durch die Stundenzahl des gewöhnlichen Arbeitstages. Beträgt dieser Tag zwölf Stunden, der Tageswert der Arbeitskraft 3 M., das Wertprodukt von sechs Stunden, dann ist der Preis der Stunde 25 S., ihr Wertprodukt 50 S. Arbeitet der Arbeiter weniger als zwölf Stunden den Tag, zum Beispiel sechs oder acht Stunden, dann erhält er bei diesem Preise der Arbeit 1 M. 50 S. oder 2 M. den Tag.

Da nun nach unserer Voraussetzung der Arbeiter sechs Stunden täglich arbeiten muß, um einen Taglohn für den Wert seiner Arbeitskraft zu erzielen, da er einen halben Tag für sich selbst und einen halben Tag für den Kapitalisten arbeitet, so ist es klar, daß er nicht das Wertergebnis von sechs Stunden herauszuschlagen kann, wenn er weniger als zwölf Stunden arbeitet. Sahen wir früher die Nachteile der Ueberarbeit, so sehen wir hier die der Unterarbeit. Denn ist der Lohn für die Stunde festgesetzt, dann bezahlt der Kapitalist nur die Anzahl Stunden, während der er den Arbeiter verwenden will. Solange der Arbeitstag nicht auf eine feste Anzahl Stunden begrenzt ist, verliert die Inhaltseinheit, bestimmt durch das Verhältnis des Tagwerts der Arbeitskraft zum Arbeitstag von einer bestimmten Stundenzahl, alle Bedeutung. Der Zusammenhang zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit fällt weg.

Der Kapitalist kann aus dem Arbeiter eine bestimmte Menge Ueberarbeit herauszuschlagen, ohne ihm die für die Selbsterhaltung notwendige Arbeitszeit zuzugestehen. Er kann unter dem Vorwande, den „normalen Preis der Arbeit“ zu bezahlen, den Arbeitstag übermäßig verlängern ohne Ausgleich für den Arbeiter. Die gesetzliche Festlegung des Arbeitstages macht diesen Mißbrauch ein Ende, wenn auch nicht der Konkurrenz durch die Maschinen und der Unterarbeit infolge von Krisen z.

In vielen Industriezweigen, in denen der Zeitlohn ohne gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit besteht, ist es zur Gewohnheit geworden, daß ein Arbeitstag von zehn Stunden für richtig gilt; was darüber gearbeitet wird, wird besser bezahlt, obwohl dies häufig so wenig beträgt, daß es wieder für besondere Ausgaben für Erfrischungen z. ausgegeben wird. Auch zwingt der niedrige Preis der Arbeit während der regelmäßigen Zeit den Arbeiter zur Ueberarbeit, weil er ausreichenden Verdienst haben. So wird die besondere Begehrung für Ueberarbeit zu einer Versuchung, der die Arbeiter keinen Widerstand entgegenzusetzen. Gesetzliche Festlegung des Arbeitstages macht dem ein Ende.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß, je länger der Arbeitstag ist, umso weniger der Arbeiter verdient, desto niedriger der Lohn ist. Minderwertige Beschaffenheit der Arbeit und lange Arbeitszeit fallen meistens zusammen. Die minderwertigere Arbeit muß durch ihre Menge, das ist durch die längere Arbeitsdauer ausgleichend werden. Trotzdem oder vielmehr eben deshalb tritt bei langer Arbeitszeit ein verhältnismäßiges Sinken des Lohnes ein,

während umgekehrt mit der Kürze der Arbeitszeit der Lohn eine steigende Richtung zeigt.

Aus dem Gesetze, wonach bei gegebenem Arbeitspreise der Tages- oder Wochenlohn von der Menge gelieferter Arbeit abhängt, folgt, daß je niedriger der Arbeitspreis ist, desto größer die Menge der Arbeit oder desto länger der Arbeitstag sein muß, um dem Arbeiter einen auch nur erbärmlichen Lohn zu sichern. Die Niedrigkeit des Arbeitspreises wirkt hier als Ansporn zur Verlängerung der Arbeitszeit. Umgekehrt läßt, wie gesagt, die Verlängerung der Arbeitszeit den Arbeitspreis sinken und somit den Tages- oder Wochenlohn. Wenn ein Mann die Arbeit von 1 1/2 oder zwei Männern leistet, dann sind weniger Arbeiter nötig zur Verfertigung einer bestimmten Menge Waren und das Angebot von Arbeitskraft steigt, während ihr Preis fällt. Der Wettbewerb unter den Arbeitern drückt den Arbeitspreis, und der sinkende Preis der Arbeit macht es dem Kapitalisten möglich, die Arbeitszeit in die Höhe zu schrauben. Diese Anwendung von übermäßig viel unbezogelter Arbeit wird zu einem Mittel der Konkurrenz der Kapitalisten untereinander. Ein Teil vom Preise der Ware besteht aus dem Preise der Arbeit. Der nichtbezahlte Teil dieses Arbeitspreises braucht nur zum Teil im Preise der Waren mitberechnet und kann also dem Käufer geschenkt werden. Durch die Verlängerung des Arbeitstages ist es also möglich, die Waren billiger zu liefern. Die unbezahlte Arbeit der Arbeiter ist für den Kapitalisten das Mittel, um Konkurrenz treiben zu können. Wenn der Arbeiter für diese Ueberzeit Bezahlung erlangen könnte, dann würde sich dieser Zustand schnell ändern. Im allgemeinen schließt der normale Arbeitspreis eine bestimmte Menge unbezahlte Arbeit in sich, und gerade diese ist die normale Quelle des Gewinnes der Kapitalisten. Daß dem so ist, geben sie selbst zu, indem sie die Stunden über den gewöhnlichen Arbeitstag höher bezahlen. Ist der Preis einer Stunde des zwölfstündigen Arbeitstages 30 S., das Wertprodukt von einer Stunde, während der Preis von jeder Stunde darüber 40 S. beträgt, das Wertprodukt von zwei Drittel Arbeitsstunden, dann eignet sich der Kapitalist im ersten Falle die Hälfte, im andern den dritten Teil jeder Arbeitsstunde an, ohne sie zu bezahlen.

Der Zeitlohn kommt in allen Zweigen der Warenerzeugung vor. Er findet sich in der besten wie in der geringeren Lohnarbeit und dient auch als Grundlage im Nord- (Stück- und Werk-) lohn. Was ihn von dem letzteren unterscheidet, ist der Umstand, daß er die Arbeitsmenge weniger scharf erfaßt als dieser, der die gelieferte Arbeitsmenge genau berechnet.

Wirtschaftliche Rundschau.

Sprunghafte Veränderungen der Kurse sind stets ein Zeichen ungesunder Börsenverfassung. Jeder schärfere Rückgang beginnt unter derartigen Bedingungen, die nach leichten Erholungen doch immer wieder zu einer weiteren Ermäßigung des Kursniveaus führen. Mag man nun auch die Börse als Wirtschaftsbarometer nicht überschätzen, so kann man sich doch der Einsicht nicht verschließen, daß es sehr bestimmte Dinge sind, durch die die Stimmung der Börse hervorgerufen wird. Neben dem bedeutlichen Geldmarkterhältnissen kommen hier in erster Reihe die Berichte über die Eisenmärkte in Betracht. Alle diese Berichte stellen, ohne Widerspruch zu finden, eine wesentliche Abwärtsbewegung der Geschäftslage in der Eisenindustrie fest. Noch immer mehren sich die Eisenpreiserhöhungen, und es ist für die Lage kennzeichnend, daß die großen Verbände die Zahlung und die Erhöhung der Ausfuhrvergütungen wieder aufgenommen haben, wie der Stahlwerksverband, oder ihre Gewährung erörtern, wie es in den Preisen des Kohleisenverbandes geschieht.

Auf einen sehr vorsichtigen und zurückhaltenden Ton ist der letzte Monatsbericht des Stahlwerksverbandes gestimmt. Der Halbzeugmarkt zeigt, so führt er aus, in Folge der Ungewißheit der weiteren Gestaltung des internationalen Eisenmarktes auch im Inlande nicht mehr ganz die bisherige Anspannung. Die Verbraucher halten unter dem Druck der auf dem Weltmarkt gefallenen Preise zurück und der Absatz ist weniger dringlich als bisher. Das gleiche gilt vom Auslande, wo von den wichtigsten und französischen Werken Preisermäßigungen erfolgten. Mit Rücksicht auf diese Umstände wurde der Verkauf im Inlande für das dritte Vierteljahr zwar zu den bisherigen Preisen, aber mit einer erhöhten Unterstützung der Ausfuhr der Halbzeug weiterverarbeitenden reinen Werke freigegeben. Günstig liegt das Geschäft weiter, wie der Bericht hervorhebt, bei schwerem Oberbaumaterial, Eisenbahnmateriale. Der

anfangs Mai vorliegende Auftragsbestand übertrifft den der Vergleichszeit des Vorjahres um nahezu 400 000 Tonnen. Bei Formeisen hat sich das Frühjahrsgeschäft infolge der ungünstigen Lage des Baumarktes bis jetzt in bescheidenen Grenzen bewegt. Der Verkauf für das dritte Quartal wurde zu den bisherigen Preisen und Bedingungen freigegeben. Vom Auslande war der Auftragsbestand seither beirührend, doch dürfte auch hier ein Nachlassen zu erwarten sein, wenn nicht eine günstigere Gestaltung der Geldverhältnisse und eine endgültige Klärung der politischen Lage eintreten sollte.

Zustände kam der Frankfurter Zeitung zufolge zwischen dem deutschen und italienischen Stahlwerksverband ein Abkommen über die deutsche Ausfuhr von Formeisen nach Italien. Dem deutschen Stahlwerksverband ist einschließlich einer kleinen französischen Beteiligung eine Einfuhrmenge von 40 000 Tonnen zugestanden worden, die durch den italienischen Stahlwerksverband verbürgt ist. Schon jetzt sind die Preise für Italien ab Würbach von 75 auf 100 M., also um 33 1/2 Prozent erhöht worden, eine weitere Erhöhung der Preise durch den italienischen Verband steht unmittelbar bevor, so daß die Werke des deutschen Stahlwerksverbandes aus dem Abkommen einen Gewinn von rund 1 Million Mark ziehen werden. Ein ähnliches Abkommen hat Italtler mit Belgien über eine Menge von 3000 Tonnen und mit Oesterreich über 2000 Tonnen geschlossen. Für die italienischen Werke soll das Abkommen einen Gewinn von 2 1/2 Millionen Lire jährlich bringen. — Doch nicht alle Auslandsmärkte lassen sich so zwischen den Eisenindustriellen der verschiedenen Länder aufstellen. Wo nicht genau geregelte Verträge vorliegen, nimmt die Konkurrenz an Schärfe zu. Angaben über Preisermäßigungen und schnelle Abnahme vorhandener Auftragsbestände kommen aus allen großen Eisenländern mindestens in dem gleichen Maße wie aus dem Inlande.

Den fortgeführten Rückgängen für Fertigereisen passten sich am 30. Mai wiederum die Notierungen der Düsseldorfener Montanbörsen an. So wurde notiert am

	30. Mai	das letztmal
	in Markt	in Markt
	für die Zone	für die Zone
Gewöhnliches Stabeisen aus Flußeisen	108,— bis 110,—	114 bis 118
Bandstahl aus Flußeisen	137,50 = 142,50	145 = 150
Großbleche aus Flußeisen	125,— = 130,—	128 = 133
Reißbleche	135,— = 140,—	138 = 143
Feinbleche	132,50 = 137,50	135 = 140

Für die weiterverarbeitenden Industrien, die über langfristige Bestellungen in ausreichendem Umfange verfügen, sind die Preisrückgänge zunächst von Vorteil. Doch die unerbittliche Verschlechterung der Eisenmärkte darf nicht als Einzelerfolge gewertet werden, ihre Erschütterung muß, wenn sie nicht Ereignisse einstellen, die dem Wirtschaftsleben starke Anregungen bringen, selber oder später viele andere Industriezweige in Mitleidenenschaft ziehen.

Für die Gewinnergebnisse der großen Eisenwerke werden die Preisnachlässe für Stabeisen nicht allzu petinlich, wenn der Produktionsumfang unermindert beibehalten oder gar noch erhöht werden könnte. Durch den großen technischen und wirtschaftlichen Fortschritt in der Großindustrie ist eine erstaunliche Verbilligung der Herstellungskosten bewirkt worden, es wird heute bei 108 M. für die Zone Stabeisen mehr verbriet als im Jahre 1906 bei einem Preise von 125 M., Voraussetzung bleibt jedoch eine Ausnutzung der technischen Leistungsfähigkeit. Läßt diese Möglichkeit nach, dann erst machen sich neben anderen auch die finanziellen Rückwirkungen nachhaltiger geltend. Nach den Angaben eines schätzigen Blattes sollen die Fragen der Stabeisenproduktion in den Kreisen der führenden Eisenwerke energisch betrieben werden. Man wird indes bezweifeln müssen, ob die ernsthafte Absicht der Gründung eines Stabeisenkonzerns besteht. Eine solche Syndizierung hätte, wie wir schon öfter auseinandergesetzt, die Kontingentierung der Stabeisenproduktion zur Voraussetzung, es müßten ferner mit der Festlegung der Preise für Stabeisen den Werken, die über kein eigenes Rohmaterial verfügen und auf den Kauf entweder von Halbzeug oder Rohisen angewiesen sind, bei der Ermäßigung der Stabeisenpreise auch stets die entsprechenden Ermäßigungen für Halbzeug und Rohisen zugestanden werden. Damit aber werden sich die großen gemischten Betriebe scheinlich befreunden, weil sie in diesen Maßnahmen eine Erhaltung der reinen Werke erblicken.

Gegenstand der Verhandlungen ist seit längerem wieder die Bildung eines allgemeinen Röhrensyndikats. Die beschlossene Preisvereinbarung für Röhre war von den schätzigen Werken in Berlin gelündigt worden, die Kündigung wurde jedoch

Willkommen in Breslau!

Der Umstand, daß die Vertreter der größten Gewerkschaft unserer Stadt in einem Jahre voll hundertjähriger Jubiläum feiern, wird ihnen manches besondere Schmückchen aus Natur und Kunst vor Augen führen, aber er wird ihnen nicht trüben für das Alltagsleben der städtischen Halbmillionenstadt, für den normalen Lebensprozeß und die ständige Heilungsarbeit, die als ewigwährender Faktor hinter all den rauschenden Festen vor sich gehen. Ist eine fernweilige Absehung der Grenzen auch die Lebensader des Handelsverkehrs nach dem Osten und Süden fast ununterbrochen und damit das Wohlstand der städtischen Bevölkerung etwas gehemmt, so bleibt Breslau doch die große Ausfallstraße für den Kaufmannverkehr nach Rußland, Oesterreich und die behäutet gelagerten Balkanstaaten. In wichtigen Verkehrslinien tragen die Fernverkehrsgeschäftskontoren aus ihren Nummern heraus und zeichnen das Kommen und Gehen wirtschaftlicher und politischer Ereignisse. Auf den Inseln der Ober erheben sich die mächtigen Säulen des Domes, die uns die Kunde vom alten Bischofsstuhl Breslauer vermitteln, den ersten Stützen einer weltlichen Kultur, die sich an einzelne königliche Fürstentümer anschloß. Reichlich sah die heilige Gesellschaft auf die künftige Tochter an anderen Ufern des Rheines, auf die Handels- und Gewerbestadt, die bald ihre Songstängerin überflügeln, in dem herrlichen gotischen Katholiken aus ihr vornehmstes Andenken hinterließ. Dem Breslau der Jubilarie aber, das heute in wichtigen Stadien den alten Kern umschließt, hat jener Papst I. die Ansehenswürdigkeit geschenkt, der nach die Festung schloß und heute mit Bewunderung aller wahren Art gefeiert werden soll. In erhabenen Ehrenzügen lehren sich die modernen Arbeiterpartei und Gewerkschaften an, in denen dem Bapsten der Breslauer Polizei eine abgewandte Hand hingestreckte wurde, die höhere Bogen moderner Brücken und der Reichthum der Fahrgastberühmte treten als erhebende Momente des Jubilarzeitraumes vor unser Auge und ein kleiner Spektakel an die Grenzen der Stadt führt uns an die Grenz des gewaltigen Eisenwerks Ferdinand Sallade, den die Arbeiter der Jubilarie, die Arbeiter der Jubilarie, den Ruf zum eifernen Schmied als Marke verhalten. Drei große Feinde der Jubilarzeit treten vor uns; betreten wir, ihre Deutliche in einem kurzen Gange durch die Jubilarstadt zu schauen.

Dem Tagungslokale, dem neuen Gewerblichafthause der Breslauer Arbeiter, führt uns ein Weg von 10 Minuten durch alle Promenaden, an Regierungsgebäude und Gendarmen vorbei zur Solothöhe, dem landschaftlich schönsten Punkte der inneren Stadt. Nicht unter unseren Füßen breitet sich der glitzernde, meist aus Fahrgängen belebte Strom aus und jenseits der breiten Wasserläufe ragt die Dominik, die sogenannte „heilige Erde“, mit all ihren Kirchenglocken und Kapellen hervor. Hinter beschützigen Mauern, deren Schlingengewölbe bis in die stillen Platen hinabtauchen, hinter massen Räumern verläuft getrieben wir das fürstlich-pöhlische Palais, in dem Kardinal Rapp den Stierstall über einen großen Teil der heutigen uns überreichlichen Katholiken schenkte, das Konviktsgebäude, ein laßliches Priesterseminar und den alten Krampf des Domes mit seinen kurzen stumpfen Zapfenhelmen, die leider gegenwärtig ein Geruch verströmt, flammert von der Kuppel der lebenswerten Kreuzkirche. Ins prächtige Stüb der Oberstadt hat sich die Kirche hineingezogen und niemand bedauert der angeblich so verfallenen Gemeinde den überreichen Domstift! Wir verfolgen unsern Weg an der Westpromenade weiter. Vorüber an früheren herrlichen Bauten, zum Beispiel dem Bgl. Oberlandesgericht, der Gebirgshalle so vieler reaktionärer Urteile, gelangen wir an den 200 Meter langen, etwas höheren Bauwerk der Universität, ehemals ein Jesuitenkolleg, das freigelegte prächtige Löwige westlichen Zwoeden dienlich war. Rausch Brunnhof führt die Universität in ihrem Zentrum, kreist in der Echteniger Vorstadt, hat sie ähnliche und technische Abteilungen. Dem nach einem charakteristischen Stück längerer Kaiserpalast, der fürstlich die ganze Front der Universität ab und hinein in die engen wackigen Gassen des Burgfeldes nach der Weigertberühle mit ihren allerhöchsten Handwerkerhäusern und mächtigen Holzgassen. Darin die ebenjo charakteristischen „alten Tischhäuser“ führt uns der Weg zurück nach dem Ring, dem alten Marktplatz, auf dem sich als Kaiserer Schmied das hohe erhebt, mehr als ein halbes Jahrhundert alte Katholiken, der höchste und höchste gotische Hofbauwerk. Hier erheben vor 500 Jahren schon die alten Säulen ihre bewaffnete Hand gegen die Handelspolitik und liefern ihnen Nutze Gesetze; heute nach jungen Urtheile an der Tür zu einem geheimen Gang von der Villerde der damals dem Bergbau geführten Kampf. Heute ist des Bürgermeisters friedlicher geworden, es hindert in den Säulen jedes Katholiken den gewaltigen Schuppen, der bei langer Zeit auch unsere Erde erquollen hätte. Ringsumher an den Ringeln ist das alte Bergwerk mit seinen hohen Giebel-

fronten einen aussichtslosen Kampf gegen moderne Waren- und Geschäftshäuser, beide aber werden hoch überragt von den massigen Riesenleibern der Elisabethkirche, an deren Turm Goethes „Lorenz“ anknüpft, und der Magdalenenkirche, dem Schauplatz der Sage: „Der Glöckenguß zu Breslau.“

Wir übergehen die mannigfachen Fürstendämme, die sich ohnehin hier wie anderwärts breitfüßig und nichtszugend genug dem Vorübergehenden aufdrängen, wir übergehen die Museen und Sammlungen, zu deren Studium den tagsüber stark angestregten Delegierten keine Zeit bleibt und wenden uns durch die belebte Schwelmerstraße dem Promenadengürtel zu, der gemeinschaftlich mit dem Stadtgraben die Altstadt umschließt. Bald sind wir an der Liebigshöhe, einem Aussichtsturm in der inneren Stadt, den ein verwegener Bürger auf einer alten Festungsbastion errichtet ließ. Ueber blumengeschmückte Terrassen, durch hohe Säulengänge, an Springbrunnen darüber gelangt man in den Turm, von dessen Kuppel aus der Blick bis in die Trebnitzer Berge und an den Bobten schweift, bei klarer Sicht auch über das Waldenburger Bergland, in das ein Ausflug die Delegierten einführen wird, bis an die Rette des Riesengebirges. Zu unseren Füßen breitet sich die Großstadt aus mit ihrer Fülle von Türmen und Krönungen, der Sternwarte, den massigen Wassertürmen, den Gauen der Markthallen, den hohen Giebeln der Technischen Hochschule und der Maschinenbauerschule, in denen die Theorie der Metallverarbeitung und -bearbeitung gelehrt wird. Wie die Bekrönung einer Zwillingburg flarren uns die Türme des Landgerichts entgegen, in dem einst der alte Liebknecht seine letzten vier Monate Gefängnis wegen „Majestätsbeleidigung“ zubüßte, weil er als Siebzighjähriger auf dem Breslauer Parteitag einige kraftvolle Worte riskierte. Im weiteren Umlaufe oder ragen immer dichter zum Himmel empor die Kirchtürme der Reuzzeit, die schlanken Schornsteine der Fabriken, deren dicke Rauchwolken uns von dem Schaffen und Schützen der Arbeiter erzählen. Zwar die weißen Arbeiter und Angehörigen versammelt in der alten Handelsstadt immer noch Handel und Verkehr um sich, ihm dienen etwa 45 000 Erwerbstätige. Der zweifelhafte Beruf aber tritt äußerlich nur an gewissen Lieferungs-tagen hervor, es ist das Bekleidungsgebäude, dessen 30 000 Angehörige zum großen Teil in den 7000 unzulänglichen Wohnungen der Heimindustrie vergraben sind. Dann aber folgen die 20 000 Metallarbeiter, in wichtigen Betrieben vereinigt, deren größte, die Völk-Schmiederei Eisenbahnbauplasten mit ihren 5500 Arbeitern, dem Reiten schon vor der Stadt ins Auge fallen.

für eine kurze Zeit wieder zurückgenommen, um die Fortsetzung der Verhandlungen zu ermöglichen. Seitdem durch die Mannesmann-Abhärenwerke in einem außerordentlich schnellen Tempo eine trustartige Organisation geschaffen wurde, die einen großen Teil des Rohmarktes beherrscht, und nach der andern Seite die Gelsenkirchener Bergwerks- und Hütten-gesellschaft die Rohfabrikation durch Aufnahme von Rohwerken und durch Betriebserweiterungen wesentlich vergrößerte, sind die Schwierigkeiten zur Bildung eines synthetischen Stahlrohwerkes in Schottland. Nachdem für 1907/08 und 1908/09 die Dividenden 25 Prozent betragen hatten, traten in den beiden folgenden Jahren Ermäßigungen auf 16 und 6 Prozent ein, 1911/12 blieb ganz dividendenlos. Der Preiskampf, der nach dem Aufhören der Rohsynthetate entfiel, erklärt die Gesellschaft, ließ die Preise der Fabrikate zeitweilig unter die Selbstkosten sinken. Im Jahre 1912 sind dann die Witterner Stahlrohwerke neben anderen Gesellschaften mit den Mannesmann-Werken auf die Dauer von 30 Jahren eine Verkaufsgemeinschaft eingegangen. Die Umsätze betragen 1909/10: 5,16 Millionen, 1910/11: 5,95 Millionen, im Jahre 1911/12 war eine Steigerung auf 6,67 Millionen Mark zu verzeichnen.

Von den Waggonfabriken werden die Versuche zur Gründung eines allgemeinen deutschen Kartells, wie wir es in der letzten Rundschau schon als wahrscheinlich bezeichneten, fortgesetzt. Die Waggonfabrik Jos. Rathgeber, A.-G. in Moosach, schlägt für 1912 eine Dividende von 8 gegen 6 Prozent im Vorjahre vor, die Gesellschaft ist nach Angaben der Verwaltung mit Aufträgen bis über das neue Geschäftsjahr hinaus voll beschäftigt. Von der Waggonfabrik Herdingen, A.-G., liegt die Mitteilung vor, daß die erste Hälfte des Geschäftsjahres gegenüber der des Vorjahres ein nicht unerheblich günstigeres Resultat aufweist. Es sei dies namentlich der regelmäßigen, guten Beschäftigung zu verdanken, die eine volle Ausnutzung der Einrichtungen zuließ. Die Preise haben nach der Angabe der Verwaltung erst allmählich eine mäßige Aufbesserung erfahren, sie werden noch mehr durch den umfangreichen Bestand an Aufträgen zur Geltung kommen, der bei ungefüllten Betrieben eine lohnende Tätigkeit bis weit in das nächste Geschäftsjahr hinein sichere.

Ueber den Geschäftsgang in den wichtigsten Abteilungen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft hatte die von Richard Calmer herausgegebene Zeitschrift Konjunktur zahlenmäßige Angaben gebracht, nach denen die Lage sich verschlechtert und die Zahl der Arbeiter beträchtlich abgenommen haben sollte. Diesen Darstellungen tritt die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft entgegen; bei der Bedeutung der in Frage kommenden Betriebe wollen wir die Einzelheiten der A. E. G.-Erklärung wiedergeben: „Unwahr ist“ heißt es darin, „daß im Kabelwerk Obersee die Zahl der Beschäftigten im Januar 8000, im Februar 7200, im März 6800, im April 6800 betrug. Wahr ist, daß die Zahl im Januar 8614, im Februar 8512, im März 8409, im April 8390 betrug. Unwahr ist, daß im Rabelwerk Obersee der Geschäftsgang in den vier Monaten schlecht war. Wahr ist, daß der Geschäftsgang als durchaus befriedigend zu bezeichnen war und ist. Unwahr ist, daß in der Apparatefabrik die Zahl der Beschäftigten im Januar 3280, im Februar 7730, im März 7750, im April 7560 betrug. Wahr ist, daß die Zahl der Beschäftigten im Januar 9570, im Februar 9602, im März 9330, im April 9141 betrug. Unwahr ist, daß der Geschäftsgang der Apparatefabrik in den vier Monaten schlecht war. Wahr ist, daß der Geschäftsgang als durchaus befriedigend zu bezeichnen war und ist. Unwahr ist die folgende Behauptung: Im Säherbau wurde die Zahl der Beschäftigten von 2500 auf 1800 reduziert. Nach Aussagen der Betriebsleiter sollen dort noch 1000 Arbeitskräfte entlassen werden. Wahr ist, daß die Zahl der Beschäftigten im Säherbau 2616 beträgt und daß eine Neußerung der Betriebsleiter, daß 1000 Arbeitskräfte entlassen werden sollen, nicht erfolgt ist. Unwahr ist die folgende Behauptung: Im Schalterbau wird sehr häufig ausgefehlt, trotz vieler Entlassungen. Hier erklärt die Betriebsleitung, daß vor Oktober nicht an eine bessere Beschäftigung zu denken sei. Wahr ist, daß viele Entlassungen nicht erfolgt sind. Soweit sie überhaupt vorgenommen wurden, erfolgten sie mit Rücksicht auf die Reichhaltigkeit des vorhandenen Lagers. Unwahr sind die folgenden Sätze: In der Maschinenfabrik ist die Zahl

der Beschäftigten nunmehr auf 11 000 zurückgegangen, ein Beweis für den außerordentlich schlechten Geschäftsgang. Trotz der Aufhebung der gesamten Werke in Frankfurt a. M., deren Arbeiten der Maschinenfabrik in der Brunnenstraße überwiesen wurden, ist eine Verlegung in Berliner Betriebe nicht zu verzeichnen. Die Widerstandsfabrik liegt gänzlich brach. Vor Juli ist an keine Besserung zu denken. Es stehen noch weitere umfangreiche Arbeiterentlassungen bevor. Wahr ist, daß die Zahl der Beschäftigten in der Maschinenfabrik 11 600 beträgt. Der Geschäftsgang war und ist als durchaus befriedigend zu bezeichnen. Die Werke in Frankfurt a. M. sind nicht aufgelöst und ihre Arbeiten der Maschinenfabrik in der Brunnenstraße nicht überwiesen worden, indem in Frankfurt noch wie vor Maschinen mittlerer Größe hergestellt werden. Die Widerstandsfabrik ist voll beschäftigt. Aufträge laufen in eigenem Maße ein. Umfangreiche Arbeiterentlassungen stehen nicht bevor.“

Dauernde Feststellungen und Mitteilungen über die Zahl der Arbeiter in größeren Betrieben bieten brauchbares Material über die Gestaltung der Geschäftslage. Wenn die Gesellschaften über unzureichende oder ungenaue Angaben klagen, so sollten sie zu dem Ausweg greifen, etwa allmonatlich derartige Angaben selbst zu veröffentlichen.

Reich mit Aufträgen versehen war die A.-G. Sartmann & Braun in Frankfurt a. M. nach ihrem Geschäftsbericht im Jahre 1912. Die Zahl der Angestellten stieg weiter auf 850 gegen 766 im Vorjahre, die Zahl der Beamten betrug 230. Nach Abschreibungen von 195 000 gegen 150 000 M. im Vorjahre wird ein Reingewinn von 538 998 M. gegen 470 868 M. für 1911 ausgeteilt. Davon werden der Spezialreise 70 000 gegen 40 000 M. im Vorjahre überwiesen, zum Vortrag kommen 81 000 gegen 42 000 M. im Vorjahre, die Dividende kommt wieder mit 10 Prozent zur Verteilung, sie erfordert 170 000 M. Ueber die weitere Gestaltung des Geschäfts berichtet die Verwaltung nichts. Eine Dividende von wieder 8 Prozent bringt die A.-G. Julius Pinck in Berlin zur Verteilung. Der Umsatz wies nach dem Bericht, der zahlenmäßige Angaben darüber nicht macht, eine erfreuliche Steigerung auf, indessen bedrückte die Verschärfung des Konkurrenzkampfes und die allgemeine Preislage, die ihre fallende Tendenz behauptet, bei gemächlichen Materialkosten einen Rückgang des Fabrikationsgewinnes. Dem vergrößerten Umsatze entsprechend gelangten die Verwaltungskosten eine Zunahme. Das Unternehmen war in sämtlichen Abteilungen gut beschäftigt. Der Preisrückgang auf dem Glühlampenmarkt hat angehalten, in jüngerer Zeit sind die Preise noch weiter gesunken. Dem glaubte die Verwaltung dadurch Rechnung tragen zu sollen, daß sie auf die Glühlampenbeteiligungen erneut eine größere Abschreibung, wie auch im Vorjahre, vorschlug. Von dieser tragen auf Grund des Vertrages die Vorbesitzer Gebroder Pinck die Hälfte. In das neue Geschäftsjahr ist das Unternehmen wieder mit einem gegen das Vorjahr erhöhten Auftragsbestand eingetreten.

Dividendenlosigkeit kündigte die Kyffhäuserhütte in Artern für das Jahr 1912 an, während noch für 1911: 11 Prozent verteilt wurden. Die Gesellschaft begründet den Verzicht auf die Verteilung einer Dividende mit den schwierigen Geldverhältnissen, unter denen auf pünktlichere Zahlungseingänge nicht zu rechnen sei, während das Unternehmen durch die Konkurrenz zur Gewährung längerer Kredite für größere Verkaufsgegenstände gezwungen sei. Dieser Grund ist jedoch wenig stichhaltig, man hat die Entwicklung der Kyffhäuserhütte in Fachkreisen schon seit längerer Zeit sehr mißtrauisch angesehen. Wie berechtigt das war, ergibt sich unter anderem daraus, daß die Gesellschaft im Januar dieses Jahres für das Jahr 1912 das gleiche Ergebnis wie für 1911 als wahrscheinlich bezeichnete. Vor kurzem hat die Kyffhäuserhütte ihr Kapital um 2,5 Millionen auf 5 Millionen Mark erhöht, ein Teil dieser Mittel diente zur Uebernahme der Ruhrwerke, deren Verhältnisse sehr unklar sind und die zur Aufzehrung der Gewinne wohl erheblich beitragen dürften.

Einheitsfarben zur Kennzeichnung von Rohrleitungen in industriellen Betrieben.

Wenn die Arbeiter in den Fabriken zur Reparatur oder zu irgend einem andern Zweck an die Rohrleitungen geschickt werden, dann passiert es nicht selten, daß den Beauftragten trotz näherer Angaben vor all dem Rohrgewirr sozusagen der Verstand stiehlt und daß sie nicht wissen, welche denn die „richtige“ Leitung ist. Und es kommt vor, daß eine Betriebsführung entsteht, weil

eine falsche Rohrleitung eröffnet wird. Besonders in den Großbetrieben ist es durchaus nicht leicht, die vielen Rohrleitungen nach dem Inhalt, der sie durchfließt, zu unterscheiden. In manchen Werken sind zwar Zeichen angebracht oder die Rohrleitungen tragen bestimmte Farben, die die Unterscheidung möglich machen sollen, indes halten viele Unternehmer dies nicht einmal für notwendig. Dafür ergreift sich denn ein Vogel von Vorkurven über den Unglücksbaum von Arbeiter, der eine „verehrte“ Leitung losgeschraubt hat.

Nun hat schon vor einigen Jahren ein zu diesem Zweck berufener Ausschuss den Unternehmern eine Uebersicht von Einheitsfarben zur Kennzeichnung von Rohrleitungen in industriellen Betrieben unterbreitet. Die gegebene Anregung hat, wie ein Artikel über die Frage in der Zeitschrift Stahl und Eisen, Nummer 12 von diesem Jahre, ausführt, in den beteiligten Kreisen lebhaften Anklang gefunden. Dem Verein Deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf, der geschäftsführenden Stelle des erwähnten Ausschusses, sind in der Folge zahlreiche Zuschriften „von den verschiedensten industriellen Seiten“ zugegangen. Auch Fachschulen und technische Lehranstalten bekundeten ihr Interesse für die Frage. Unter den Zuschriften waren auch Wünsche zum Ausdruck gebracht, die eine Erweiterung des Farbenschemas bezweckten. Der Ausschuss hat diese Anregungen einer „eingehenden Prüfung unterzogen“. Weiter heißt es in der Zeitschrift Stahl und Eisen, daß die für verschiedene Industriezweige geäußerten weitgehenden Sonderwünsche keine Berücksichtigung finden konnten. Um ihnen in hohem Maße Rechnung zu tragen, hätte der in erster Linie aufgestellte Grundfahrsatz, durch eine möglichst geringe Zahl von Grundfarben und Einzelbezeichnungen die Einfachheit und Uebersichtlichkeit der Zusammenstellung zu wahren, verlassen werden müssen. Den einzelnen Industriezweigen müßte es überlassen bleiben, selbst eine ihren Sonderzwecken dienende Erweiterung der Uebersicht unter Zugrundelegung der gewählten Grund- und Unterscheidungsfarben für die einzelnen Rohrleitungen vorzunehmen. Die Berechtigung einiger anderer Wünsche habe aber nicht von der Hand gewiesen werden können, und der Ausschuss habe sich deshalb entschließen müssen, diese trotz den Bedenken zu berücksichtigen, die einer Uebersetzung des Farbenschemas entgegenstanden, nachdem es bereits der Defektlosigkeit unterbreitet worden. An den Grundlagen der Uebersicht sei jedoch im großen und ganzen nichts geändert. Nur ist die Zahl der Grundfarben um eine — für Lauge — vermehrt worden.

Die Grundfarben sind nunmehr grün für Wasser, gelb für Gas, blau für Luft, weiß für Dampf, rosa für Säure, violett für Lauge, braun für Öl, schwarz für Teer, grau für Bakuum.

Die übrigen vorgenommenen Änderungen beziehen sich auf weitere Unterzeichnungen bei den einzelnen Grundfarben.

Für die wirkliche Anbringung der Farbenbezeichnungen sind folgende Vorschläge gemacht worden. Als zweckmäßigste Art wurde schon früher die Benutzung von Blechbändern von etwa zehn bis fünfzehn Zentimeter Breite empfunden, die in den betreffenden Farben emalliert oder lackiert sind und an den Kreuzungspunkten der Rohrleitungen oder an anderen wichtigen Stellen um die Rohre gelegt werden. Weiter wird darauf verwiesen, daß aus Grotz die Anregung gekommen sei, Porzellanschilder zu verwenden, die mit Draht an den Leitungen befestigt werden sollen.

Die vorgeschlagenen Unterscheidungen bei den Grundfarben sind folgende. Bei Wasserleitungen bezeichnet die einfache grüne Farbe Rohwasser, ein schwarzer Streifen durch die Grundfarbe Schmutz- und Abwasser, ein roter Streifen Rehwasser, ein rosenfarbiger Streifen Salzwasser, ein weißer Dampf und schwarze Punkte auf der grünen Grundfarbe bezeichnet Spülbesatz. Gleichfalls sechs Unterstufen sind für Gas vorgesehen. Die gelbe Grundfarbe allein bezeichnet gereinigtes Hochgas, ein schwarzer Streifen auf der gelben Grundfarbe rohes Hochgas, ein blauer Streifen Generatorgas, ein rosenfarbiger Streifen Leuchtgas und Kohlenwasserstoffgas, ein grüner Wassergas und ein brauner Öl- und Heizgas. Die einfache blaue Grundfarbe bezeichnet Gekochtes Ueberdruck, zwei rote Streifen Preßluft über 10 Atmosphären Ueberdruck, ein weißer Streifen Preßluft. Bei Dampf bezeichnet die weiße Grundfarbe bis zu 2 Atmosphären Ueberdruck, ein roter Streifen Dampf über 2 Atmosphären Ueberdruck, zwei rote Streifen überhitzten Dampf, ein grüner Streifen Abdampf bis 2 Atmosphären Ueberdruck und Kondensationswasser. Bei Säure bezeichnet ein roter Streifen auf der Grundfarbe konzentrierte Säure, ebenfalls bei Lauge. Ein schwarzer Streifen auf der braunen Grundfarbe für Öl bezeichnet Teeröl. Das sind mithin 28 verschiedene Kennzeichnungen für Rohrleitungen!

paar Stunden die Ober hinauf nach dem schön gemen Wilhelmshafen entführen und dabei an den Stätten vorbeizugehen, wo das offizielle Preußen die Jahrhundertfeier begeht. Und wenn der freigeordnete Metallarbeiter auf dem Aufstiegswege auch der „Rindviege des Königs von Rom“ und den Schuppen Napoleons wird, so dürfte ihm Gartenkunst und Bouquins doch manchen seltenen Genuß bereiten. Fällt ihr Verbandstag doch gerade in die blühende, goldene Zeit der Rosen, deren 70 000 unsere Freunde gleichgültig begraben sollen. Und wenn der Fuß unserer auswärtigen Freunde die „Gasse der Waffen“, den Reifweg von Eisenstein, betritt, die 10 000 Menschen unter einer Kruppe zu einem großen Bunde vereint, dann werden sie es den Arbeiter-abgeordneten nicht zum Vorwurf machen, daß sie dem großen Werk ihre Unterstützung stehen und ihrem Kollegen Philipp aufkommen, der einen Teil seiner Arbeitskraft im letzten Jahre diesem großen öffentlichen Bau widmete.

Doch aus dem Brausen der Versammlung und der Unruhe des festlichen Betriebes wird sich eines Tages der Schritt der Abgesandten unseres größten Verbandes zu dem stillen Reichhof draußen denken, wo unter alten Lebensbäumen der Mann ruht, dem die deutsche Arbeiterschaft so unendlich viel verdankt und dessen Lebenswege zu halten der höchste Stolz der Breslauer Arbeiterschaft ist: Ferdinand Basske.

Hier ruht
was sterblich war
von
Ferdinand Basske,
dem Dichter und Kämpfer

ist beschaffen auf seinem Grabstein zu lesen. 5000 kann man es, die er um die Fahne seines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins sammeln konnte! Admet er die Augen aufschlagen und den Blick sehen, den seine sterbliche Hülle empfängt; den Besuch der Abgesandten einer halben Million wohlorganisirter, gutgeschulter Arbeiter aus einem einzigen Industriezweige, die den Kranz der Guldigung auf seinen stillen Grabhügel niederlegen! Dann würde er mit uns froher Jubelstich voll in die Zukunft schauen in der Erkenntnis, daß sein Werk durch keine Macht der Erde mehr zertrütert werden kann.

In dieser frohen Jubelstich heften wir die Freunde aus dem Reich am Oberstande herzlich willkommen.

wann er sich von Berlin oder Gochsen her dem Reichsbilde nähert. Spät erst und langsam haben alle diese Arbeiterkämpfer den Weg zur Organisation gefunden; ihre wirtschaftliche Lage bleibt hinter der Arbeiterbrüder im Westen und Norden ein erhebliches Stück zurück. Neben dem Einfluß der ganzen osteuropäischen „Kultur“ mit ihrer Beherrschungslosigkeit ist das dem starken Bevölkerungswachstum zuzuschreiben, dem Breslau aufweist. Erzählt uns doch das statistische Amt, daß zum Beispiel im Jahre 1910 in Breslau 70 000 Personen frisch zuzogen und 63 300 wieder weiterzogen! Das ist eine Fluktuation, die an die schwersten Zeiten gewerkschaftlicher Organisation erinnert, und sie erklärt, weshalb so mancher Bau unter der Hand wie im Sand gerinnt, den gewerkschaftlicher Fleiß ausgerichtet hat. Und wenn wir in Breslau heute 33 000 organisierte Gewerkschafter und 10 000 Sozialdemokraten zählen, so ist das erst das Resultat eines Aufschwungs im letzten Jahre zehnt. Schreiber dieser Zeilen erinnert sich noch recht deutlich der Zeit um die Jahrhundertwende, wo die Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich um das Billard einer mäßigen Gastwirth in der Altstadt gruppierte, aber heute ist aus dem schwachen Keim ein kräftiger Baum geworden, unter dessen schützenden Zweigen sich 7350 Kollegen versammeln! An der Erweckung und Schulung der Breslauer Arbeiterschaft haben die Metallarbeiter allezeit einen erheblichen Anteil gehabt, wir erinnern an dieser Stelle nur an den Kollegen Oskar Schütz, der fast 25 Jahre mitten in dem aufstrebenden Betriebe des Klammertampfes steht. Welchen Schwierigkeiten die Organisationsarbeit in Ostpreußen begegnet, welcher Widerstand bei allen Behörden zu überwinden ist, dafür hat ja die große Metallarbeiterausperrung des Jahres 1906, an der 6000 Personen beteiligt waren, und die daran sich anschließenden Strafgesetze der Polizei einen deutlichen Beweis geliefert.

Der verhältnismäßig spät erfolgenden Ausbreitung der Organisation ist es neben einigen anderen ungünstigen Umständen auch zuzuschreiben, daß die Partei den fremden Gassen trotz der 30 000 Anwesenheit der Bolschewiki noch keine eigene Druckerei vorweisen kann, erst in zwei Jahren werden unsere Zeitungen der eigenen Presse entziehen. Dagegen dürfen wir die Delegierten in dem neuen Hause in der Gewerkschaften willkommen heißen, das erst seit einem Jahre seiner Bestimmung übergeben ist. Ein eigenartiger Zufall will es, daß eine der kleinsten Gewerkschaften, die der Hüttenwerke, als erste Gasse in ihm einziehen und daß sie nun von der größten deutschen Gewerkschaft,

die als zweite erscheint, abgelöst wird. Das eigene Heim der Breslauer Arbeiter, ihre Zukunft nach jahrzehntelangen Kämpfen, ist ohne großen Prunk, aber zweckmäßig und ausgebreitet errichtet und birgt in seinem Innern manchen schönen Raum, um den uns die Lokale der „besseren“ Gesellschaft beneiden. Da über 400 000 M. — von zusammen 900 000 M., die das Grundstück repräsentiert — von den Genossen selbst aufgebracht wurden, stellt es sich als eine recht solide Gründung dar. Am schwächsten entwickelt ist in Breslau nach der dritten Zweig der Arbeiterbewegung, die Konsumgenossenschaft, die sich gegen die erdrückende Konkurrenz des größten bürgerlichen Konsumvereins auf dem ganzen europäischen Kontinent mit fast 100 000 Mitgliedern emporzukämpfen muß. Ein früherer Gauleiter der Metallarbeiter war es, der zu dem Arbeiterkonsumverein den Grundstein legte, und in vierjähriger Entwicklung hat er es sich bereits zu 7600 Mitgliedern und 700 000 M. Jahresumsatz gebracht. Langsam gewöhnt sich auch die kleinste Arbeiterschaft daran, Eifer und Opfer an die selbstgesteckten Ziele zu legen, das Gefühl stand ja längst an dem rechten Ort, denn seit Jahrzehnten hat der Stimmzettel bei den Reichstagswahlen für sozialdemokratische Vertreter gestimmt und Abgeordnete wie Galesieder, Reinbers, Krüder, Schönlank und Bernstein nach Berlin entsandt. Seit etwa 5 Jahren macht sich auch die Arbeitervertretung im Stadtparlament, jetzt 16 Köpfe stark, lebhafter bemerkbar und fördert durch Kritik und positive Mitarbeit die soziale und hygienische Reformarbeit, die in unseren gesundheitlich so unglücklichen Verhältnissen dringend notwendig ist. Ihr Säuglingschutz und Säuglingsnahrung, öffentliche Bäder und Spielplätze, Parks und Promenaden hat die Stadtverwaltung zur Besserung der allgemeinen Gesundheitsverhältnisse in den letzten Jahren viel aufgewendet; Legehallen und Volkshochschulen sowie ein moderner Saal im Volkshochschulwesen pflegen die geistigen Interessen. Seit zwei Jahren haben sich die städtischen Körperschaften auf das Drängen unserer Stadtverordneten hin der Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung zugewandt, in der vorbereitenden neu-gleichzeitigen Kommission dafür ist auch der erste Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stadtverordneter Philipp, betreten.

Unsere Gäste werden sich also überzeugen: es geht auch im Osten vorwärts. Und daß sie neben den Arbeitsscheitern auch ein paar frohe Stunden unter uns verleben, dafür ist ebenfalls gesorgt. Außer dem schon erwähnten größeren Ausflug in den Fürstentümer Grund im Kreise Waldenburg wird sie das Dampfboot auf ein

Für weitere Unterfcheidungen werden noch folgende Beispiele angegeben:

- 1. Kohle, die außerhalb der Zentrale elektrische Hochspannungsleitungen enthalten...
2. Bei Trinkwasser empfiehlt es sich, die Zapfstellen besonders zu kennzeichnen...
3. Wasserstoff durch Benutzung gelber Grundfarbe und weißer Punktierung...
4. Sauerstoff durch Benutzung blauer Grundfarbe und weißer Punktierung.

Nach hier lassen sich die Unterschiede in der Höhe der Spannung bis 10 und über 10 Atmosphären durch einen oder zwei rote Strichen ersichtlich machen.

Sollen ferner zum Beispiel verschiedene Säuren, Laugen u. s. w. enthaltende Rohrleitungen besonders kenntlich gemacht werden, so lassen sie sich durch entsprechend gewählte Buchstaben oder durch andere geeignete Zeichen, die auf der Grundfarbe aufgetragen werden, kennzeichnen.

Der Artikel in Stahl und Eisen schreibt: „Es ist schon früher ausgesprochen worden, daß sich die Vorschläge des Ausschusses bei gutem Willen und ernstlichem Bemühen zum Nutzen unserer industriellen Anlagen verwirklichen lassen, ohne ihnen eine nennenswerte Belastung aufzuerlegen.“

Wir hoffen, daß es in größerem Umfange geschieht. Auch die Arbeiter sind naturgemäß bei der Sache sehr beteiligt, haben sie ja doch die Arbeiten an den Rohrleitungen auszuüben. Ob zu viel oder zu wenig Unterfcheidungsfarben gewählt worden sind, wird die Erfahrung ausweisen, jedenfalls ist es gut, daß einheitliche Farben für alle Betriebe gelten sollen.

Zur Generalversammlung.

In Nr. 20 gibt Kollege Th. einen guten Rat zur Agitation im Gebiet der Schmelzindustrie. Der Rat ist wohl gut gemeint, würde uns aber sehr wenig nützen, soweit das Lothringens-Luzemburger und ev. auch das Saargebiet in Frage kommt. Wie weit er für andere Gebiete der Schmelzindustrie in Frage kommt, darüber mögen sich die Kollegen aussprechen, die dort die „Dilettantenarbeit“ verrichten müssen.

Wie liegen denn die Verhältnisse? Bekannt ist, daß die Hüttenprekariat für die Organisation sehr schlecht zu gewinnen sind, um so weniger da, wo nur die Schmelzindustrie zu Hause ist, und das ist für das Lothringens-Luzemburger Gebiet der Fall. In jedem Ort ist nur ein Werk. Andere Industrie kommt nicht in Frage. Alle Werke sind mit den bekannten „Hörschuh“-Anrichtungen ausgestattet, das heißt, die meisten der Beschäftigten wohnen in den Kolonien, die Waren erhalten sie vom Hüttenlohnsum geliefert. Bei diesen Werken gibt es monatlich nur einmal Geld, bei anderen dazwischen einmal Abzahlung. Fängt ein Arbeiter an, dann muß er meistens sechs Wochen warten, bis er zum ersten Geld bekommt, und das ist dann noch nicht viel. Wer die schwere Arbeit auf den Hüttenwerken kennt, der weiß, daß die hinzugezogenen Arbeiter nicht allzulang auszuhalten. In dem Grenzgebiet ist die Vollerwerbslosigkeit gleich fertig. Oft kommt es vor, daß ein Kollege sich hat aufschreiben lassen; wenn ihm aber das Amt zugestellt werden soll, ist er schon längst über alle Berge. Also die „Dilettantenarbeit“ ist in dieser Beziehung noch äußerst nutzlos.

Die gleichen Verhältnisse herrschen mehr oder weniger auf den meisten Werken. In den letzten Jahren ist an Agitation versucht und gelaufen worden, was möglich war. Große und kleine Streiks haben ihr „Wort“ gesagt, kamen und gingen — nicht. Auch dem Kollegen Th. möchte ich — wenn es keine Zeit erlaubt — einleuchtend seinen Vorschlag auszusprechen. Er könnte dann einmal — sagen wir auf sechs Wochen oder noch länger — für den besten Betrieb zur Bearbeitung ansetzen. Bald würde er aus aber gehen. Ja, aber so was hat ich nun doch nicht geglaubt! Also, Kollege Th., auch dein Vorschlag tut es nicht. Bekanntlich können bestehende Verhältnisse nicht so ohne weiteres über den Gipfel gehoben werden und die Agitation kann nur dann einen Erfolg aufweisen, wenn sie, wenn sie geht, auch einsehen, daß ihre Bestimmung eine Veränderung bedingt. Wenn die Unmöglichkeit nach der Ermöglichung ist, dann wird es möglich sein, auch bei den Hüttenwerken besser vorwärts zu kommen, weil sie dann sich selbst andere Verhältnisse schaffen werden.

Selbstverständlich setzen wir auf dem Standpunkt, es wäre sehr zu wünschen, daß auch die heutige „Dilettantenarbeit“ besser geleistet ginge. Dazu ist aber zunächst notwendig, daß die Arbeit in bestimmter Form gemacht werden. Das Berufslohnsum und nicht alles, auf dem Standpunkt stehen wir nicht. Es ist von unserer Seite schon einmal eine beratende Konferenz beantragt worden. Eine Besprechung über die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Gebieten kann sein, die uns das einmal die „Dilettantenarbeit“ machen müssen, nichts jedoch. Auch möchte der Leiter der einzelnen Verfassungen, die mit der Hüttenindustrie zu

tun haben, ein Bester werden. Hunderte von Kollegen gehen hier wie in den anderen Gebieten verloren. Schon sehr oft machten wir die Erfahrung, daß Kollegen, die im rheinisch-westfälischen Hüttengebiet gearbeitet haben, wenn sie hierher kommen, sich nicht anmelden. Kommt man durch Zufall dahinter, oder es werden ihnen ganz gehörige Strafen abgezogen, erst dann finden sie das Verbandsbureau. Würde nur ein Drittel von denen, die hier schon aufgenommen worden sind, bleiben, dann hätte man Ausflucht, daß es mit der Zeit besser werden würde.

Eine weitere Frage ist die Arbeitsvermittlung der einzelnen Gebiete zu einander. In dieser Beziehung können wir von unseren Gegnern, den Hütten- und den „Christlichen“, noch etwas lernen. Die verstehen es vorzüglich, ihre Mitglieder in die einzelnen Werke hineinzuschleusen. Unsere Kollegen aber wandern gleich wieder los, weil sie in einem solchen Bruchbetrieb nicht arbeiten wollen. Menschlich wohl leicht begreiflich, für die Organisation aber nicht von Vorteil. Gerade solche Fragen, über die man nicht so in der Öffentlichkeit reden kann, könnten auf einer Konferenz behandelt werden. Bis heute hat sich doch immer noch gezeigt, daß Berufslohnsummen für unsere anderen Branchen auch einen Wert gehabt haben und deshalb war also die darauf verwendete Arbeit und Zeit nicht nutzlos. — Weiter ist auch die Frage aufzuwerfen, ob es nicht angängig wäre, an der Zentrale gerade für die Hüttenindustrie eine besondere Kraft zur Verfügung zu stellen. Gewiß könnten die anderen Berufe sagen: ja, das könnten wir dann auch verlangen. Aber auch hier liegen die Verhältnisse wieder anders. Die Hüttenindustrie mit ihren Hunderttausenden von Arbeitern bedarf der eingehenden Aufmerksamkeit um so mehr, da wir doch diese alle erst gewinnen wollen und müssen. Wenn da ein Kollege beauftragt würde, der das ganze Material (Arbeitszeit, Ueberstundenwesen, Unfälle, Sonntagsarbeit etc.) bearbeitet, auch selbst in den einzelnen Gebieten mit in die Agitation eingreife, dann würde für die Agitation mehr Material zur Verfügung stehen. Heute geschieht aber bei uns in dieser Beziehung nicht zu viel. (Aber doch sehr viel! Red.) Gewiß haben wir auch schon Erhebungen veranstaltet und für die Agitation sehr nützlich Material gesammelt, aber das muß weiter verfolgt werden. Bisher ist doch bereits bei dem Hütten- und Dunderstern-Gewerksverein eine solche Einrichtung. Auch könnten Vorstand und Beirat mit den in den einzelnen Gebieten tätigen Bevollmächtigten eine Aussprache über die Verhältnisse in den verschiedenen Gebieten pflegen, wenn man der Meinung sein sollte, daß eine Berufskonferenz zu hohe Kosten verursachen würde.

Auch müssen wir an dieser Stelle darauf hinweisen, daß Kollegen, die von anderen Bezirken hierher kommen, ein bißchen mehr Lust und Liebe zur Mitarbeit mitbringen, vor allen Dingen sich anmelden und mit der Geschäftsleitung in Verbindung bleiben möchten, denn nur dadurch, daß jeder Kollege, auch die im Gebiet amüßigen, mitarbeitet, wird es möglich sein, vorwärts zu kommen. — Man könnte ja noch viel über die Dinge schreiben, wir wollen es aber bei dem beenden lassen. Der Vorschlag des Kollegen Th. ist nicht das Allheilmittel, das uns jetzt mit Riesenschritten vorwärts bringen wird. Vielleicht haben wir Gebiete, wo sich der Vorschlag verwirklichen läßt, für hier ist er aber noch nicht brauchbar.

Kollege Hoffmeister (Hersohn) beschäftigt sich in Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung nochmals mit dem von uns beantragten Vertretungsrecht. Gegen unsere ersten Darlegungen weiß er offenbar nichts einzuwenden. Aber er bringt in seiner bilderreichen Sprache ein paar andere vermeintliche Gegenstände vor, zu denen wir uns hier kurz äußern müssen. Vielleicht gelingt es uns, den Kollegen Th. auch in diesen Fällen zu belehren.

Zunächst ist es uns leider gerade so wenig „unbenommen“, uns ein ordentliches Mandat zur Generalversammlung „ausstellen zu lassen“, wie dem Kollegen Th. Bei der letzten Delegiertenwahl in Stuttgart wurden beispielsweise von Bezirks- und Brancheneinrichtungen unter anderem auch vier Kollegen aus unserem Kreis als Kandidaten vorgeschlagen. Das ist sicherlich aller Ehre wert. Aber schon von der Generalversammlung der Verwaltungstelle (Vertretungssystem), die die endgültigen Kandidatenliste aufstellt, wurden alle vier Kollegen wieder ausgeschlossen. Nun ist nach Ansicht des Kollegen Th. „theoretisch“ noch möglich, daß es auch allen Ortsbeamten einmal so gehen wie uns. Wir geben zu, daß diese theoretische Möglichkeit allenfalls Stoff für eine Doktorarbeit bietet, aber für die Beurteilung der wirklichen Sachlage ist sie u. E. doch belanglos. Maggebend können hier nur Tatsachen sein, nicht Möglichkeiten. Sollten aber die Orts- und Bezirksbeamten trotzdem ebenfalls ein Vertretungsrecht in unserem Sinne verlangen, was bis jetzt nicht bekannt geworden ist, so werden wir die letzten sein, die ihnen deshalb nach dem Vorbild des Kollegen Th. Schwierigkeiten machen.

An zweiter Stelle greift der Kollege Th. dann pflüchtig unsere Arbeitsbedingungen an. Darüber zu sprechen, ist für uns hier nicht der rechte Ort. Wir ermahnen aber daran, daß bis jetzt die Generalversammlung endgültig über unsere Arbeitsbedingungen entschieden, und nicht eine der Ansätze. Und dieses Recht wird sich die Generalversammlung vorbehalten auch wohl nicht entäußern wollen. Solange diese Einrichtung aber besteht, kann es uns gar nichts nützen, daß der Kollege Th. uns an den Ansätzen verweist.

Der Kollege Th. fragt schließlich, ob wir uns schon einmal mit den Arbeitsbedingungen der Ortsbeamten beschäftigt haben. Unseres Erachtens sind diese Kollegen gerade so gut Männer wie wir. Wir hätten also eigentlich keine Verpflichtung, etwaigen Schattenseiten ihrer Arbeitsbedingungen besonders nachzugehen. Aber wir kennen ohnehin die Lage dieser Kollegen mehr oder weniger aus eigener Erfahrung; es besteht zwischen ihnen und uns sogar ein gewisses „Gut- und Gefallen“, ein „Rechts- und Links“. Und wir sind deshalb weit entfernt davon, ihnen die vom Kollegen Th. für sie geforderte Regelung der Arbeitsbedingungen zu widersprechen. Nun hat aber der Kollege Th. diesen Vergleich zwischen uns und den Ortsbeamten offenbar nur gezogen, um dadurch unsere etwaigen Wünsche, die er wohl hinter unserem Antrag verbergen mag, als unberechtigt erscheinen zu lassen. Dies durchaus unangehörige Vorgehen hat die Redaktion schon zurückgewiesen. Wir können uns dieser Zurückweisung nur anschließen.

Stuttgart. Die Geschäftsbeamten im Hauptbureau.

Der Kollege Hoffmeister antwortet in Nr. 23 noch einmal. Weil er aber rechtlich nichts auf meine Ausführungen zu sagen weiß, fängt er an zu jähzornen. Würde ich in demselben Tone antworten, so möchte ich sagen, daß nicht jedem Menschen ein „Lohnsummen“-eigen ist. So hoch ist er aber nicht, was aus dem Namen Hoffmeister auf eine Eigenart des Trägers als „Hoffmeister“ des Hauptbureaus zu schließen.

Ich habe mit keinem Wort die Einsetzung einer Prekommission gefordert, sondern nur darauf verwiesen, daß man über die Gallung unseres Organs zweierlei Meinung sein kann. Das gibt Hoffmeister jetzt zu, indem er sagt: „Nur wenn mit der Haltung oder Ausgestaltung unseres Verbandsorgans nicht einverstanden — vorüber die Meinung der Mitglieder eine andere ist und die sich auch ein Urteil erlauben können.“ Damit ist er sich allerdings in Widerspruch zu seinem Artikel in Nr. 13. Dort sagt er: „Wir können mit der gegenwärtigen und politischen Stellung unseres Organs einverstanden sein.“ Und vorher: „Sind unser Verbandsorgan irgend welchen Grund zu ändern? Ich sage: nein!“ Wie sagt noch der Kollege Th. bald so, bald so, wie's trefft!

Man glaubt Hoffmeister, ich lege nach. Er muß aber die Aufregung der Mitglieder recht gering einschätzen, wenn er ausruft, daß sie seinen Auslegungssätzen über meine Ausführungen folgen werden. Das Demokratie und Zentralisation nicht ohne weiteres überwindlich sind, sollte auch Hoffmeister wissen. Das letzte Mandatverbotnis konnte er sich anmerken lassen, denn wenn er sich den Mehrheitsbeschließen nicht fügte, wäre er einfach draußen. Darum kommt es auch nicht an, daß ich jähzornig bin. Aber wenn ich doch die Möglichkeit bei Konflikten ein größeres Mitbestimm-

mung s recht eingeräumt wird. Und alle Vträge, die das festlegen wollen, nenne ich vorwärtsstreibende. Das nenne ich auch Ausbreitung der Demokratie. Damit bekommt das Gesetz Zentralisation erst einen Inhalt, der es jedem Mitgliede zur Lust macht, für den Verband sein Bestes einzusetzen.

Ab. Wiederemann (Hamburg).

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Ferkümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 15. Juni der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. bis 21. Juni 1913 fällig ist.

Die Verwaltungstellen werden ersucht, soweit das nicht bereits geschehen ist, ihre Bestellungen auf neue Beitragsmarken umgehend aufzugeben.

Ferner wird ersucht, die Propaganda für die Protokolle der Generalversammlung in Breslau rege zu betreiben und die benötigte Zahl von Exemplaren bald mitzuteilen.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle Darmstadt für die Dauer von 5 Wochen 20 § pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Unschlüssig werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altkasser i. Schl.:

- Der Schlosser Paul Freitag, geb. am 10. Oktober 1872 zu Breslau, Buch-Nr. 744449;
Der Schlosser Ludw. G. George, geb. am 26. Mai 1891 zu Gubrau, Buch-Nr. 2,044541;
Der Schlosser Paul Knott, geb. am 28. November 1861 zu Thorn, Buch-Nr. ?;
Der Schmied Fried. Kuhnert, geb. am 16. April 1867 zu Klettenborn, Buch-Nr. 2,088991;
Der Schlosser Joseph Linke, geb. am 14. April 1876 zu Giebich, Buch-Nr. 1,987838;
Der Schlosser Hermann Moser, geb. am 15. November 1890 zu Seidenborn, Buch-Nr. 440060;
Der Schmied Karl Rieple, geb. am 17. November 1888 zu Raminik, Buch-Nr. 2,163752;
Der Schlosser Adolf Wegner, geb. am 29. November 1864 zu Bernau, Buch-Nr. 781614, sämtlich wegen Streikbruch.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Rotomund: Der Optiker Artur Otto, geb. am 31. August 1891 zu Neuenborn, Buch-Nr. 1,537761, wegen unkollegialen Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Pirnausens: Der ? Ludwig Steingraber, geb. am 1. August 1879 zu Rafferslautern, Buch-Nr. ?, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Barth a. Office: Der Former Gustav Kofchare, geb. am 3. Oktober 1878 zu Neumarkt, Buch-Nr. 2,036017, wegen Markenmanipulationen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Döbeln: Der Rohrleger Otto Apel, geb. am 8. August 1878 zu Sondershausen, Buch-Nr. 460556, wegen verführtem Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gießlingen: Der Eisenhobler Georg Maß, geb. am 5. Mai 1887 zu Neustadt a. S., Buch-Nr. 1,824079, wegen Schwinbelien.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gelsenkirchen: Der Zinngießer Gerhard Haus, geb. am 8. Oktober 1861 zu Süchteln, Buch-Nr. 1,850527, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lindau: Der Schlosser Otto Muschawek, geb. am 27. Mai 1869 zu Traunstein, Buch-Nr. 954616, wegen betrüger. Manipulationen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Siegen: Der Schlosser Fritz Kraunig, geb. am 24. Juli 1890 zu Leipzig, Buch-Nr. 1,535945, wegen Unterschlagung.

Ersucht wird um Angabe der Adresse des Schlossers Otto Nielsen, geb. am 12. September 1876 zu Ropshagen, eingetreten am 1. Juli 1903 in Hannover, Buch-Nr. 535378.

Gestohlen wurden:

Buch-Nr. 1,659488, lautend auf den Klempner Friedr. Förster, geb. am 3. März 1890 zu Reibnitz; Buch-Nr. 449108, lautend auf den Feilenhauer August Siffon, geb. am 4. Januar 1868 zu Rönigsbütte.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüststraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereln nahmt ist.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Quittung

Über die vom 1. bis 31. Mai 1913 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Von Aachen 1500 M. Alenburg 5000. Annaberg 500. Ansbach 300. Arnswalde 150. Atrern 500. Aßchersleben 1100. Augsburg 2700. Barmen-Elsfeld 7000. Bautzen 2400. Bergedorf 800. Bernburg 1300. Bismarckwerda 200. Blankenburg a. S. 400. Bochum 1000. Bodwitz 300. Botzenburg 400. Brale 550. Brandenburg 8000. Brannschweig 5000. Bremerhaven 10 000. Bromberg 250. Brunsbüttelhaven 600. Bunzlau 300. Burg 250. Burgstätt 900. Chemnitz 30 000. Eintracht 500. Delmenhorst 360. Döbeln 1600. Dresden 3000. Duisburg 800. Ebersbach 500. Eberswalde 2000. Ebringen 130. Eisenbarben-Nordenham 800. Eisenberg-Geldfeld 150. Eifertswerda 500. Emden 800. Erfurt 1500. Erlangen 1300. Eßen 3000. Eßlingen 9000. Finkenwalde 1600. Frankfurt 800. Frankenberg 100. Frankenthal-Worms 6300. Frankfurt a. M. 21 000. Freiberg i. S. 600. Freiburg i. Schl. 900. Freisting 150. Friedland 100. Friedrichshafen 200. Fürstberg 100. Fürstwalde 800. Furthwangen 150. Gaffen 400. Gießlingen 400. Gieshagen 700. Glöcknitz 100. Goldlauter 500. Göppingen 3500. Götzky 400. Gottha 1200. Graubenz 100. Greiz 1200. Grimma 300. Gröden 1000. Großenhain 600. Gröna 650. Günstow 400. Gaißbach 200. Halle 2000. Hamburg 3010,61. Gamsen 740.

Sanau 6000. Garburg 2400. Heide 150. Seidenheim 1300. Henningsdorf 500. Herford 800. Hersbrunn 400. Hildesheim 1400. Hirschberg 700. Hohenstein-Ernstthal 450. Hoyer-Grenzhausen 80. Ingoßstadt 200. Jöhoe 400. Jauer 150. Jena 5000. Karlsruhe 4000. Kassel 2500. Kaufbeuren 100. Kempen 200. Kiel 8000. Kirchhain 200. Königshausen 1000. Königshütte 200. Köthen 2000. Krefeld 200. Landsberg a. S. 100. Landsberg a. W. 400. Landsberg 200. Langenbielau 100. Leipzig 43 000. Leisnig 200. Liegnitz 1000. Limbach 1500. Löbau 200. Lötzbach 100. Ludenwähe 2000. Lützen 5000. Lugau 500. Mannheim 20 000. Marburg 50. Marktredwitz 700. Martinstädt 300. Meerane 600. Meißen 3000. Memel 100. Meiningen 300. Meuselwitz 1000. Minden 600. Mittweida 600. Mühlhausen i. Th. 1400. Mühlhausen i. G. 600. Mülheim a. Rhein 5000. M.-Stadbach 1800. Mustau 250. Neugersdorf 600. Neumünster 800. Neustadt 200. Neustadt a. S. 600. Neustadt i. Sa. 500. Niesky 100. Nikolai 40. Rastatt 500. Rawas-Postdam 2500. Nürnberg 2000. Oberndorf 200. Oederan 200. Ohrdruf 100. Othershausen 200. Opladen 800. Ostsch 150. Ostfriesland 200. Osterode 200. Peine 800. Pentz 500. Pinneberg 200. Plethenberg 900. Pries 1600. Rabenberg 900. Radolfszell 150. Ramitzsch 100. Reichenbach 800. Riesa 3000. Rochlitz 200. Roskau 600. Roswein 800. Ruhla 800. Ruhland 250. Saarbrücken 200. Seib 200. Singen 500. Solingen 10 000. Swinemünde 300. Schmalfelden 800. Schmöleberg 2400. Schmölln 600. Schöneberg 800. Schöningen 800. Schramberg 900. Schweidnitz 700. Schweinfurt 13 000. Schwerin 200. Schneidmühl 200. Stade 200. Staßfurt 1400. Stettin 15 000. Stralund 200. Stuttgart 13 500. Tilsit 300. Trieburg 100. Trier 100. Tullingen 1500. Ulm 600. Varel 600. Vegeack 6000. Völsberg 1900. Weiskau 200. Weisklingen 500. Weimar 600. Werbau 3000. Wilhelmshafen 5000. Wismar 600. Witten-Annen 2500. Wittenhausen 70. Wolfenbüttel 1300. Wriezen 100. Würzen 2000. Zabrze 100. Zeitz 1000. Zerbst 400. Zeulenroda 1000. Zittau 1600. Zuffenhausen 300. Stuttgart (Einzelmitglieder) 330. Für Erträge: 92,80. Sonstige Einnahmen 1522,55 M. — Für die streikenden italienischen Metallarbeiter gingen ein von Stuttgart 2000 M. Internationaler Metallarbeiter-Bund 5600 M.

Die Verwaltungsstellen, Besolmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anträge sofort an uns zu berichten.
Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzuhalten:

- von Bronzearbeitern nach Petersburg (Schlüsselburger Armaturenfabrik);
- von Drahtziehern nach Niederlahnstein (Firma G. S. Schmidt, Drahtgeflechtwerke) St.; nach Wismar (Fa. W. Müller) D.;
- von Drechern nach Großenhain (Firma M. Beyreuther) W.;
- von Feilenhauern und Feilenwerkstätten nach Mühlheim a. Ruhr (Fa. G. Henig) D.; nach Vera (Firma Richard Fuß);
- von Formern, Gießereiarbeitern und Kernmachern nach Darmstadt (Fa. Gebr. Röber) Str.; nach Düsseldorf (Firma W. W. Scheid & Wendel) Str.; nach Gaißichen i. S. (Fa. Paul Underweg, Eisengießerei) L.; nach Hattingen (Henschel & Sohn, Heinrichshütte) D.; nach Neuenbürg b. Forstheim (Wügelisenfabrik) Str. u. L.; nach Ratingen (Fa. Ulrich & Hinrichs) D.; nach Reutlingen (Fa. Chr. Vaipke) St.; nach Solingen (Firma R. Kautenbach) Str.; nach Speyer (Fa. Polony & Wittfeld) D.; nach Torgau (Stahlwerk) D.; nach Zwickau (Firma Zwickauer Eisen- und Stahlgießerei, Inh. L. Kuntzmann) D.;
- von Feigungsmechanikern nach Danzig, Langfuhr, Oliva, Zoppot und Neufahrwasser, St.; nach Hamburg, Str.;
- von Inskallateuren nach Wiesbaden (Fa. Döfling) W.;
- von Klempnern, Inskallateuren und Holzlegern nach Bremen, L.; nach Breslau, St.; nach Danzig, Langfuhr, Oliva, Zoppot und Neufahrwasser, St.; nach Frankfurt a. M.; nach Magdeburg v. Str.; nach Mannheim-Ludwigshafen, St.; nach Mühlhausen-Wilhelmshafen, St.; nach Stettin, St.; nach Worms (Fa. Wilhelm Selbst junior) W.;
- von Kupferschmieden nach Bamberg (Firma Schulz) Str.;
- von Maschinenbauern, Kranführern und Feigern nach Weimar bei Vochem (Weisklinger Eisenwerke) D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Apolda (Apolawerke) St.; nach Barmen (Firma Fröhlich & Klippel, Maschinenfabrik) D.; nach Bretten (Fa. Lammle, Herdfabrik) St.; nach Chemnitz-Reichenbrand (Fa. Diamant-Fabrik, vorm. Gebr. Krennig) v. St.; nach Darmstadt (Gebrüder Röber); nach Delligen bei Wilsdorf (Wernburger Maschinenfabrik, Abt. Hammerhütte) W.; nach Düren (Fa. Friesdorf) W.; nach Düsseldorf (Firmen: Rheinania L.-G., Emaillierwerke, St.; Rheinland) St.; nach Eger (Premier-Fabrik) St.; nach Freiberg i. Br. (Fa. Fahrzeugfabrik Wagner) v. Str.; nach Göttingen (Fa. Bellini & Co.) W.; nach Gräfenhainichen (Maschinenfabrik Schönheit) D.; nach Hanau (Quarzlampenfabrik) W.; nach Karlsruhe (Fa. Junfer & Ruh) D.; nach London (Fa. Siemens Brothers) D.; nach Mühlhausen i. Th. (Maschinen- u. Jagradfabrik Walter & Co.) D.; nach Schwarzenberg i. S. (Fa. Ergeb. Schmittwerkzeug- und Maschinenfabrik „Gem“) D.; nach Stuttgart und Feuerbach (Fa. H. Bosh) L.; nach Tangermünde (Fa. Friede) St.; nach Wefel bei Oberhausen (Fa. Krieg & Tigler) L.; nach Zittau (Phänomen-Werke) St.;
- von Schleifern nach Neuenbürg b. Forstheim (Wügelisenfabrik) St.;
- von Schlossern nach Bamberg (Fa. Schulz) St.; nach Großenhain i. S. (Fa. M. Beyreuther) W.;
- von Uhrmachern, Uhrschaffmachern und Remonteuren nach Segenheim bei Mühlhausen i. G. (Fa. Levi Freres) St.;
- von Walzern nach Berlin (Fa. Bergmann, West Wilhelmstr.) St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; W.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. f. w.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Wer Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, abtastempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Drahtzieher.
Saarbrücken. Wiederholt haben wir uns mit den Mißständen in der Drahtzieherei auf dem Eisenwerk St. Ingbert befaßt. Diese Mißstände waren auch die Ursache des Streiks im vorigen Jahre. Die Firma hatte damals vor dem Einigungsamt versprochen, die Mißstände zu beseitigen und den Arbeitern wegen Zugehörigkeit zur Organisation keine Schwierigkeiten zu machen. Wir sind es ja gewohnt, Versprechungen der Unternehmer keinen großen Glauben zu schenken. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Versprechungen und Gatten auch bei der Direktion des Eisenwerks zweifelhaft ist. Die Regelung der Akkordpreise läßt heute noch auf sich warten. Da nun die Firma einfaß, daß sie mit den Schweißmachern, Schneidern und anderen keinen Draht ziehen kann, ist sie seit einem halben

Jahre bemüht, Drahtzieher aus allen Gegenden heranzuziehen. Diesen werden die rostigen Versprechungen gemacht. Der Erfolg war bis jetzt sehr gering. Die Firma wird wohl die Erfahrung gemacht haben, daß auswärtige Drahtzieher bereits jahrelang organisiert sind und sich die schlechte Behandlung der Meister nicht so gefallen lassen wie Unorganisierte, wie sie das Eisenwerk gerne hätte. Von den versprochenen Abhören haben die auswärtigen Drahtzieher noch nichts gemerkt. Die Akkordpreise im Grob- und Mittelzug sind wohl die niedrigsten vor allen Drahtziehereien. Der zu bearbeitende Draht ist oft so schlecht, daß die Arbeiter trotz aller Anstrengung nicht zu ihrem Lohn kommen. Beschweren sich die Arbeiter bei Meister Krollmann über schlechten Draht oder sonstige Mißstände im Drahtzug, so lautet die Antwort: „Wenn es nicht paßt, der kann gehen.“ Ist denn die Firma damit einverstanden, daß Drahtzieher, die mit allem möglichen Aufwand nach hier gelockt worden sind, durch die Meister herausgeworfen werden oder ihnen die Arbeit verleidet wird? Und dazu wegen Kleinigkeiten, die in keinem Betrieb beanstandet werden? So wurde einem Arbeiter gekündigt, weil er einen Ring Draht auf die Erde gelegt hatte, an dem einige Umgänge zusammengefallen waren. Meister Krollmann kündigte einem Drahtzieher, weil er seine Korbwurk zu verrichten ging, aber die Scheibe fortlassen ließ, wobei der Draht riß. Derselbe Meister schickte einen Arbeiter, der einige Minuten zu spät kam, nach Hause mit dem Bemerkten: „Ich habe keine Arbeit mehr für Sie.“ Einem Drahtzieher, der unbemüht nach hier kam und Vorkauf hatte, wurde dieser am Lohnstag ganz abgezogen, so daß er nur noch 18 M. herausbekam, wovon er sich und seine Familie einen Monat lang ernähren sollte. Da die Lohnzahlung monatlich am 19. erfolgt und am 2. nur ein Vorkauf von 40 M. gewährt wird, sind die Arbeiter gezwungen, Vorkauf zu nehmen. Sie können sich nach der Ansicht des Direktors nicht behelfen. In den meisten Fällen wird der Vorkauf verweigert, obwohl der Arbeiter mehr leben hat, als er an Vorkauf wünscht. Dem Arbeiter ist es nicht angenehm, um Vorkauf zu betteln, obwohl es verdienender Arbeitslohn ist. Alle anderen Fabriken zahlen wöchentlich und 14tägig aus. Deshalb kann dies nicht auf dem Eisenwerk geschehen? Die Verhältnisse im Drahtzug lassen auch in familiärer Beziehung viel zu wünschen übrig. Die Wascheinrichtungen im Grob- und Mittelzug sind ungenügend, im Feinzug ist von Wascheinrichtung nichts zu sehen. Das Waschwasser ist oft derartig unsauber, daß es die Leute vorziehen, ungewaschen nach Hause zu gehen. Die Beleuchtung ist besonders im Feinzug sehr mangelhaft. Luftventilation ist nicht vorhanden, so daß es besonders jetzt bei der heißen Witterung kaum zum Ausgehalten ist. Die Aborte spotten jeder Beschäftigung. Licht ist dort des Nachts nicht vorhanden und so kommt es vor, daß der Rot bis vor der Lüre liegt. Wo bleibt da die Gesundheitspolizei? Da das Eisenwerk gegen die Kritik in der Presse sehr empfindlich ist, wird die Direktion nicht umhin können, die Mißstände zu beseitigen und danach zu sehen, daß die Arbeiter durch die Meister besser behandelt werden. Den auswärtigen Drahtziehern empfehlen wir, wenn sie Arbeit auf dem Eisenwerk nehmen wollen, sich vorher in bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

Emaillierer.

Vergeborf. (Auf der Suche nach Streikbrechern.)
Wie aus Nr. 22 der M.-Ztg. zu ersehen ist, befinden sich die Kollegen des Emaillierwerks H e n a n i a in Düsseldorf im Streik. Vor einiger Zeit erschien hier in Vergeborf im örtlichen Käseblatt eine Anzeige folgenden Inhalts: „Großstädtisches Emaillierwerk sucht tüchtige Klempner, Schlosser, Stänger, Brenner etc.“ Wir haben uns bemüht, festzustellen, wer denn in unserer Gegend Arbeiter sucht. Es ist die Rheinania in Düsseldorf. Daß sie im Hamburger Gebiet ihre Werbungen andrängt, hätten wir nicht gedacht. In Vergeborf ist noch kein Hinzuegarb-Bureau, und für den Lohn, den die Rheinania bietet, wird sie hier keine Arbeiter verschleppen können. In einem Antwortschreiben bietet die Firma den Brennern in Akkord 5 bis 5,50 M.; in Lohn bis zu 4 M., 4,80 M. bei zehn Stunden Arbeitszeit. Aber Herr Schmidt ist ein Mann, der mit sich reden läßt, er legt nämlich schon zu, bevor die Arbeiter überhaupt im Betrieb sind. Für Klempner kann er unter Umständen bis zu einem Akkorddienst von 7,50 M. gehen, bei den Brennern, die er gesprochen, ging er bis zu einem Verdienst von 5,50 M. in Lohn. Das kam daher, daß ihm ein Brenner ein paar Lohnstücken zeigte. Da wurde es ihm wohl klar, daß Löhne von 60 S. die Stunde durch die Organisation erniedrigt worden sind. Deshalb auch gleich die Frage: „Sie sind doch verbandlos?“ Nach dem Schreiben der Firma will sie ja auch nur „verbandlosere“ Arbeiter. Wie wir erfahren haben, wollte der Herr von hier nach Thale im schönen Harzgebiete, um dort Seelen zu suchen. Die Kollegen sollten überall ein recht wachsameres Auge auf diesen Herrn Betriebsleiter Schmidt der Rheinania-Werke haben.

Feilenhauer.

Berlin. Schon lange wäre es an der Zeit gewesen, uns mit der Firma M ä g d e f r a u in P a n k o w in der Öffentlichkeit zu beschäftigen. Dort herrschen Zustände, wie man sie nur selten im Reich antreffen wird. Herr Mägdefrau mit seinen Günstlingen schaltet und walzt rein willkürlich. So mancher Zugereifte hat schon erkaunt die Augen aufgerissen, wenn er Herrn Mägdefrau in seinem „Element“ sah. Einige Zeit nach dem vorjährigen Streik, der allerdings wegen der großen Zahl der Streikbrecher verloren ging, waren die Verhältnisse einigermaßen erträglich, jetzt glaubt nun Herr Mägdefrau wieder „auf der Höhe“ zu sein. Vor einiger Zeit waren Ueberstunden zu machen; kurz vor Jahresende kam Mägdefrau und schrie in den Maschinenraum: „Heute abend wird länger gearbeitet!“ Wie lange, hielt er nicht zu sagen für nötig. Müßige Arbeiter wirft Mägdefrau einfach hinaus, um sie in kurzer Zeit wieder holen zu lassen. Die Preise für die Arbeiter sind so schlecht, wie man sie wohl in der kleinste Provinzstadt nicht schlechter antrifft. Dazu noch die Beschaffenheit einzelner Maschinen und die Einteilung der Arbeit, so daß Verdienste von nur 20 bis 25 M. die Woche nicht selten sind. Vor einiger Zeit fand ein Umzug mit den Maschinen statt; dabei genierte sich Herr Mägdefrau nicht, den Maschinenbauern Stundenlöhne von 35 bis 45 S. anzubieten. Natürlich bedankten sich die Kollegen, dafür zu arbeiten und hörten lieber auf. Herr Mägdefrau wird ja nun wieder versuchen, durch Inserate in M e s s e r u n d F e i l e Maschinenbauern nach Berlin zu locken. Wir raten den Kollegen, nicht darauf einzugehen. Im übrigen müssen wir unbedingt verlangen, daß Kollegen, die in Berlin zu arbeiten gedenken, sich vorher mit unserem Nachweiskörper, dem Kollegen L u z, Güttenstraße 28, in Verbindung setzen. Zum Schluß möchten wir uns noch eine Anfrage erlauben. Im Betriebe von Mägdefrau, wo ungefähr 100 Arbeiter in Frage kommen, besorgt den Vertrieb von Bier u. f. w. der Maschinenmeister. Daß dabei ein ansehnlicher Ueberfluß herauskommt, ist als sicher anzunehmen. Die Kollegen möchten nun, da ihnen keine Bestimmungen über den Verbleib des Ueberflusses bekannt sind, wissen, wo er bleibt. Ebenso steht es mit den Strafgeldern, die, nebenbei bemerkt, sehr willkürlich festgesetzt werden.

Formen.

Meerane. Vor Jahresfrist wurde mit der Eisengießerei von A. B ö r n e r in Seifersich ein Lohnvertrag abgeschlossen. Von der Firma und ihrem Mitinhaber A. R e i m a n n wird aber bestritten, den Tarif zu durchzuführen. Fast täglich werden Arbeiten von der befreundeten Firma G. R. K e s t m a n n herbeigekauft, wobei jedoch den Kollegen gleich gesagt wird, daß die Firma den festgesetzten Tarifpreis nicht zahlen könne. Solche Arbeiten verrichten dann die Formen-Gelehrten für Stundenlohn. Anders verhält sich die Firma einigen Lohnformern und einem verwandten „angelegenen“ Formen gegenüber. Diese bekommen immer lohnendere Arbeiten. Der Betrieb läßt auch in bezug auf familiäre Fürsorge zu wünschen übrig. Auch das Strafen wird in nicht zu billiger Weise geübt.

Gold- und Silberarbeiter.

Dresden. Die hiesigen Kollegen sind seit einigen Monaten rege tätig, um die noch fernstehenden Kollegen unserer Organisation zuzuführen. Bei der Eigenart des Berufes ist die Agitation besonders schwierig, weil ein Teil mittlerer und kleinerer Betriebe am Orte ist. Die Geschäftslage ist zurzeit keine gute. Bei dem größten Betriebe, der Silberwarenfabrik von B e r n d, ist seit circa zwei Jahren sehr ungleichmäßige Beschäftigung zu verzeichnen gewesen, in den Goldwarenbetrieben wird zum Teil verkürzt gearbeitet. Es existiert auch ein Geschlechtsverein „Dinglinger“ mit circa 24 Mitgliedern, der die Gunst der hiesigen Jugend genießt. Daher sind die Lohnverhältnisse keine dem Beruf entsprechenden zu nennen. Die Löhne in der Goldindustrie bewegen sich zwischen 18 bis 36 M. die Woche, nur vereinzelt wird höherer Lohn gezahlt. Die Verteilung der Agitation ist auch insofern schwierig, als uns von anderen Orten so gut wie kein Material zur Verfügung steht. Auf der Gold- und Silberarbeiterkonferenz zu Berlin im Jahre 1908 ist zwar die Einsetzung einer Zentrale mit dem Sitz in Stuttgart beschlossen und auch durchgeführt worden, leider wird dieser von den Kollegen zu wenig Material zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1909 ist einmal eine Aufforderung zur Berichterstattung ergangen, aber es wäre gut gewesen, die Zentrale hätte diese jedes Jahr wiederholt. Auf diese Weise wäre dann doch ein leichtlich gutes Material zusammengekommen, das der Agitation förderlich sein könnte. Wir haben doch bei den letzten großen Bewegungen in Berlin, Hanau und Pforzheim gesehen, daß die Organisation der Unternehmer uns in dieser Beziehung überflügelt hat. Es muß trotz der Schwierigkeit immer von neuem ein Ansporn gegeben werden, denn nur durch eine gute Arbeiterorganisation können in den nächsten Kämpfen Vorteile erungen werden. Zweckmäßig wäre es auch, wenn außer der jährlichen Statistik über die Zahl der Branchenangehörigen nach Berufen auch Feststellungen über die Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden und der Lohn- und Akkordverhältnisse gemacht würden. Durch Ueberlieferung dieses so gewonnenen Materials an die betreffenden Verwaltungen würde wieder Stoff für die Agitation geboten. Der Zweck dieser Zeilen soll sein, wieder eine Anregung zu geben. Es könnte auch nichts schaden, wenn über die örtlichen Verhältnisse hin und wieder ein kleiner Situationsbericht gegeben würde, damit die Gold- und Silberarbeiter sehen, daß an anderen Orten Leben pulsiert.

Güttenarbeiter.

Vochem. Die Kranführer und Maschinisten des W e i s k l i n g e n Stahlwerks in Weimar verlangten bei der Betriebsleitung die Befestigung von Mißständen und einen der aufrethenden Arbeit entsprechenden festen Lohn. Bis jetzt erhalten sie nur 40 bis 47 S. die Stunde und nach der Lohnangabe eine Prämie, deren Höhe unbestimmt ist. Bei den Verhandlungen mit der Betriebsleitung konnten die Arbeiter aber feststellen: Auf ihre Frage, wie hoch denn eigentlich die Prämie sei, die sie pro Tonne erhalten sollen, und wieviel Tonnen produziert werden, erhielten sie den Bescheid, daß pro Tonne 1,6 S. gezahlt werde. Nun waren die Arbeiter in der Lage, einmal nachzurechnen, was sie dann als Prämie zu erhalten hätten. Die Betriebsleitung machte dazu ein recht verdächtiges Gesicht, als ihr die Arbeiter vorrechneten, daß sie dann im Durchschnitt am Lohnstage eine Prämie von 23 bis 26 M. erhalten müßten, aber bisher im Durchschnitt nur eine solche von 6 bis 10 M. erhalten haben. Auf die Frage, wo denn das übrige Geld geblieben sei, mußte die Betriebsleitung keinen Aufschluß zu geben. Die Firma schlug dann vor, neben der bereits bestehenden Prämie noch eine andere einzuführen und sie zu Weihnachten, aber nur an die Arbeiter zur Auszahlung zu bringen, die noch auf dem Werk beschäftigt sind! Dieser Vorschlag bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß man mit diesem Köder die Arbeiter an den Betrieb fesseln will und diese sich alle Maßnahmen der Firma in der Erwartung auf die paar Mark Prämie hilflos hingelassen lassen. Mit diesem Angebot haben sich die Kranführer nicht einverstanden erklärt und über den Betrieb die Sperre verhängt. Da es der Firma bis jetzt nicht gelungen ist, Arbeitswillige zu bekommen, die freigeordneten Plätze aber wieder besetzt werden müssen, hat man andere Arbeiter des Werkes durch einen Hausbesuch der Firma anlernen lassen. Bisher aber mit wenig Erfolg. Am Montag dem 2. Juni kam es abends zu einer Arbeitsmieberlegung. Von 45 in Frage kommenden Arbeitern hatten 40 die Arbeit aufzunehmen verweigert, weil die Kommission wieder mit einem ablehnenden Bescheid von der Betriebsleitung kam. Die Arbeiter hielten darauf eine Versammlung, die zu dem Ergebnis führte, die Arbeit um 9 Uhr wieder aufzunehmen, wenn jedoch die Betriebsleitung auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharrt, weitere Schritte zu unternehmen. An alle Kranführer und Maschinisten, aber auch an die übrige Arbeiterklasse riefen wir das Ersuchen, nicht zum Verräter an den kämpfenden Arbeitsbrüdern zu werden. Besondere Voracht ist bei der Arbeitsannahme auf dem Werk zu beachten, da die Firma dazu übergeht, Schloffer u. f. w. einzustellen, und sie dann zwingen will, als Kranführer zu arbeiten, wie das in einigen Fällen bereits geschehen ist.

Metallarbeiter.

Düsseldorf. Die Sperre über die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik, L.-G., ist nach 4 1/2 monatiger Dauer aufgehoben worden. Die Sperre wurde im Januar verhängt, weil die Firma einige Wünsche der Arbeiter nicht nur ablehnte, sondern sich sogar auf Unterhandlungen mit dem Krankenkassenverbande, der im Betrieb die Befugnisse eines Arbeiterrats ausübt, nicht einließ. Herr Generaldirektor Müller wollte nur gnädigst gerufen, mit einem Mitgliede des Ausschusses eine persönliche Unterhaltung zu pflegen. Eine solche Verhandlung lassen sich die Arbeiter heute nicht mehr ohne weiteres gefallen und so wurde in einer Zeit, wo die Firma bis an den Hals in der Arbeit steckte, die Sperre verhängt. Diese Sperre wurde mit großer Schärfe durchgeführt. Einhundert Arbeiter, und zwar zum großen Teil die besten, hörten auf oder wurden wegen Verweigerung von Ueberstunden gefaßt. Die Firma bekam dafür entweder gar keinen oder nur sehr minderwertigen Ersatz. Infolgedessen stockte die Arbeit ganz gewaltig und der Schaden, den das Werk hatte, wird sich wahrscheinlich auf Hunderttausende belaufen. Die Opfer, die die Arbeiter brachten, waren demgegenüber verhältnismäßig gering. Zwar magregelte die Direktion etwa 130 Mann, aber diese bekamen halb andere Arbeit. Die anderen Unternehmer nahmen es mit den schwarzen Listen nicht so genau, weil sie wußten, daß es die Rheinische auch nicht so genau nimmt. Einen direkten Erfolg hatte die Sperre nur in geringem Maße. Die Firma bewilligte die Ueberstunden der Ueberstunden für die Lohnarbeiter, ein Zugeständnis, das kaum ins Gewicht fällt. In bezug auf die übrigen Forderungen der Arbeiter wurden Zugeständnisse nicht gemacht. Der Generaldirektor Müller hatte sich gleich anfangs durch seine schroffe Haltung festgesetzt und mußte nun in dieser Stellung, nicht zuletzt zum Schaden des Werkes, verharren. Wenn die Arbeiter die Sperre aufgehoben haben, so haben sie damit natürlich ihre Forderungen nicht aufgegeben, sondern diese sind nur vertagt. Die Arbeiter sagen sich, daß mit einem Geld kein Baum fällt und ein Werk mit 5000 Arbeitern naturgemäß eine bedeutende Widerstandskraft entwickeln kann. An den Arbeitern der „Katrone“ wird es liegen, ihre Organisation, die während des Kampfes durchaus unerschrocken geblieben ist, weiter zu stärken, um zu gegebener Zeit ihre berechtigten und leicht erfüllbaren Forderungen von neuem zu erheben. Bemerk sei noch, daß die Firma auch Verbündete im Arbeiterlager hatte: die Gelben und vor allem die „Christlichen“ (Schwarz-Gelben), die in letzter Zeit, anscheinend den Weisungen Roms folgend leidend, sich immer weiter nach rechts entwickeln und in immer zahlreicheren Fällen mit dem Unternehmertum und den Gelben gegen ihre Klassengenossen gemeinsame Sache machen. Soffenlich bekommen sie dafür den verdienten Fuhrtritt.

Feuerbach b. Stuttgart. (Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Julius Behr, Süddeutsche Kühlerfabrik.) Herr Julius Behr eröffnete vor drei Jahren mit 10 Arbeitern seinen Betrieb in Stuttgart, am Automobilkühlerwerkstätten. Der „christliche“ Metallarbeiterverband hat seinerzeit auch einige Mitglieder dort beschäftigt. Als diese zum Deutschen Metallarbeiter-Verband übertraten, verließ der „christliche“ Streik einen Söldnerposten und brachte es auch fertig, daß die Arbeiter unterließen. Es entstanden Differenzen, in deren Verlauf die Arbeiter einmütig die Arbeit niederlegten, weil sie von einem christlichen Arbeiter denunziert worden waren. Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ist es nach einiger Zeit gelungen, den Frieden wieder herzustellen und einen nicht unglücklichen Lohn- und Arbeitsvertrag mit der Firma abzuschließen. Schon im ersten Jahre mußte Beschwerde eingelegt werden wegen schlechter Behandlung der Arbeiter durch den jungen Herrn Behr. Dieser ließ sich sogar zur Mißhandlung eines Arbeiters hinreißen. Die Firma verlegte später ihren Betrieb von Stuttgart nach Feuerbach und ersuchte die älteren Arbeiter, mit ihr zu ziehen. Die Verhältnisse besserten sich auch in dem neuen Betrieb nicht. Verschiedene berechtigende Wünsche der Arbeiter blieben unberücksichtigt. Anfangs 1912 wurde bei der Firma Afford eingeführt und die Affordpreise festgelegt. Die Firma hielt sich jedoch nicht an die Abmachungen, sondern wie sie selbst erklärte, die Produktion mit der gleichen Zahl von Arbeitern um das Vierfache gesteigert worden war. Der Wechsel der Arbeiter ist ein außerordentlich großer. Es werden so ziemlich alle Maschinen des Stuttgarter Industriegebietes einmal bei der Firma eine Gastrolle gegeben haben. Auch bei den Meistern ist großer Wechsel. Der längere Zeit im Betrieb beschäftigt ist, wird entweder entlassen oder so behandelt, daß er von selbst geht. Ein richtiges Draufgängerum ist bei den Meistern zu beobachten. Die Afford werden durch Junge verdrängt. Wenn die Meister Barth und Bohler glauben, daß sie bei Herrn Behr das Gradenort bekommen, so werden sie sich täuschen. Betriebsleiter Duprecht, der früher in den Unionwerken Mea angestellt war und ein ganz beachtenswertes Dasein fristete, blüht jetzt bei der Firma Behr die große Posanne mit vollen Waden. Wie lange wird es dauern und auch ihm wird ein Trauermarsch geblasen werden. Besonders haben es die Meister und der Betriebsleiter auf die Affordpreise abgesehen, die unter allen Umständen niedriger werden sollen. Im Juli 1912 wurden die Affordpreise reguliert und festgelegt, Mitte August aber von der Firma die Abmachungen durchbrochen. Am 19. September legten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder, um ihren Arbeitern, der Tätigkeit des Arbeitervereins, welches war, vor willkürlichen Übergriffen zu schützen. Die Meister Barth und Bohler wollten ihre Autorität unter allen Umständen stärken, jedes Mittel ist ihnen dazu gut genug. Erklärte doch Barth: wenn die alten Arbeiter aus dem Betrieb seien, könne man besser arbeiten. Eine Vereinbarung mit der Firma, daß Arbeiter nicht willkürlich entlassen und berechtigende Beschwerden von dem Deutschen Metallarbeiter-Verband untersucht werden sollen, wurde von der Firma nicht eingehalten. Kurz vor Weihnachten wurden einige ältere Arbeiter entlassen und Herr Behr rief sie zum zweitenmal an einem Arbeiter. Die Erregung unter der Arbeiterchaft war aufs höchste gestiegen. In dieser bedrückten Stunde kam der „christliche“ Metallarbeiter-Verband der Firma zu Hilfe. Herr Gengler, Betriebsleiter vom „christlichen“ Metallarbeiterverband, hatte Kenntnis von den Differenzen erhalten. Darauf wurden von ihm in kurzer Zeit 15 Arbeiter für die Firma vermittelt. Als die im Betrieb gebliebenen Arbeiter diese anlernen sollten, erklärten sich davon, daß sie das nicht tun könnten und lieber den Betrieb verlassen würden, denn das Verfahren der Firma sei zu durchschauen. Die Firma wollte eben billiger Arbeitskräfte. Gengler vermittelte dieselben und der paritätische Arbeitsnachweis in Stuttgart wurde außer Kurs gesetzt. Bei diesem Geschäft wurde so verfahren: Junge Arbeiter, die zu Gengler, Stuttgart, Fernerstraße 39, kamen und um Arbeit nachfragten, mußten 1,30 M für Aufnahme und Beitrag zum „christlichen“ Verband bezahlen. Dann konnten sie bei der Firma Behr oder Schneider in Feuerbach Arbeit erhalten. Ein sehr großer Teil dieser Mitglieder hat bereits dem „christlichen“ Verband wieder den Rücken gekehrt. Der Verkaufspreis war auch ein sehr geringer, 35 und 36 S Stundenlohn. Am 17. Januar kündigte die Firma den Tarif, der am 1. März 1911 mit ihr abgeschlossen worden war. Die Arbeiter sahen von der Einwirkung eines neuen Tarifes ab, weil sie befürchteten, der „christliche“ Metallarbeiterverband werde der Firma noch wie vor Liebesdienste erweisen. Dem Herrn Julius Behr liegen die „christlichen“ auch sehr am Herzen, ist er doch benachteiligt zu einem Kglator für sie geworden. Am 9. Mai wurden nun wieder 10 Arbeiter entlassen, darunter sämtliche Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Als Herr Behr um Auskunft gehen wurde, warum er die ältesten Arbeiter entlassen habe, erklärte er: „Ich habe wieder mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband etwas zu tun. Wenn Sie etwas wollen, müssen Sie sich an eine andere Stelle wenden.“ Auf die Frage, ob er Mitglied des Verbandes der Metallindustrie sei, wurde dies bejaht. Der Geschäftsführer des Verbandes der Metallindustrie Wirttemberg erklärte auf Anfrage, daß die Firma Behr noch nicht Mitglied bei ihnen sei. Behr ist dann nachdrücklich Mitglied der Unternehmerorganisation geworden! Verhandlungen, die wegen der Entlassenen stattgefunden haben, führten zu keinem Resultat. Kein Arbeiter kann es bei dieser Firma längere Zeit aushalten. Die Verhältnisse in diesem Betrieb sind wohl die schlechtesten im ganzen Industriegebiet. Wir ersuchen deshalb die Arbeiter, diesen Betrieb zu meiden. Herr Behr erklärte im Beisein des Geschäftsführers vom Verband der Metallindustrie Wirttemberg: „So sollte der Geschäftsgang wie er jetzt ist zwei Jahre bleiben, damit ich die Arbeiter auch meine Macht fühlen lassen kann.“ Arbeiter, merkt euch dies! Auch den Herren Barth, Bohler und Duprecht sagen wir: Denkt an die Meister Ham, Kieger, Ege und andere, die der Firma ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt hatten, sie wurden nachher rücksichtslos auf Pfahle gehauen.

Freiburg i. S. Als im Jahre 1911 bei der Firma Neumann & Fischer der Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nach 6 1/2 wöchiger Dauer infolge unvorhergesehener Fälle abgebrochen werden mußte und die Kommission mit dem Unternehmer über die Einstellung der Leute verhandeln zu wollen erklärte, antwortete Herr Fischer: „Verhandeln? Sie haben nicht einmal zu bitten!“ Diesen Standpunkt nimmt er auch heute noch ein. „Ich bin Unternehmer — du bist Arbeiter. Widerrede wird nicht geduldet, wer sich nicht regt, der liegt!“ — Aus geringfügigen Anlässen werden Arbeiter entlassen. Der Betrieb kann sehr wohl als eine Beobachtungsanstalt gekennzeichnet werden; jede Erde, jede Luft und jedes Guckfenster wird benutzt, die Arbeiter bei der Arbeit zu beobachten. Als ein Schüler sich etwaa eine Priße nahm, erklärte Herr Fischer das Schimpfen für eine Zeitverschwendung und für unzulässig. Die Maschinenarbeiter werden für 24 S Stundenlohn eingestellt. Eine Menge von Beschwerden der Arbeiter liegen noch vor. Herr Fischer rufen wir ins Gedächtnis: Allzu schärf macht schärflich! Den Kollegen können wir Arbeitsannahme bei dieser Firma nicht empfehlen.

Freiburg i. S. Als im Jahre 1911 bei der Firma Neumann & Fischer der Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen nach 6 1/2 wöchiger Dauer infolge unvorhergesehener Fälle abgebrochen werden mußte und die Kommission mit dem Unternehmer über die Einstellung der Leute verhandeln zu wollen erklärte, antwortete Herr Fischer: „Verhandeln? Sie haben nicht einmal zu bitten!“ Diesen Standpunkt nimmt er auch heute noch ein. „Ich bin Unternehmer — du bist Arbeiter. Widerrede wird nicht geduldet, wer sich nicht regt, der liegt!“ — Aus geringfügigen Anlässen werden Arbeiter entlassen. Der Betrieb kann sehr wohl als eine Beobachtungsanstalt gekennzeichnet werden; jede Erde, jede Luft und jedes Guckfenster wird benutzt, die Arbeiter bei der Arbeit zu beobachten. Als ein Schüler sich etwaa eine Priße nahm, erklärte Herr Fischer das Schimpfen für eine Zeitverschwendung und für unzulässig. Die Maschinenarbeiter werden für 24 S Stundenlohn eingestellt. Eine Menge von Beschwerden der Arbeiter liegen noch vor. Herr Fischer rufen wir ins Gedächtnis: Allzu schärf macht schärflich! Den Kollegen können wir Arbeitsannahme bei dieser Firma nicht empfehlen.

Stuttgart. (Streik und Aussperrung bei der Firma Robert Bosch.) In Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung ist über den Streik der Abteilung Werkzeugmacher bei der elektrotechnischen Werkfirma Robert Bosch in Stuttgart ausführlich berichtet. Wir hatten geschrieben, daß damit der Bruch voll kommen geworden sei. Die Richtigkeit dieser Ansicht hat durch die Ereignisse schnell ihre Bestätigung erfahren. Nachdem am 31. Mai die Werkzeugmacher die Arbeit niedergelegt hatten, sollte am 2. Juni ein Werkzeug in einer anderen Abteilung geschliffen werden. Der betreffende Arbeiter verweigerte diese Streikarbeit. Sofort erfolgte seine Entlassung. Darauf erklärte der Vertrauensmann der fraglichen Abteilung dem Meister, er solle ablassen von dem Bestimmen, Streikarbeit werde niemand machen. Die Antwort der Firma war auch hier die sofortige Entlassung des Vertrauensmannes. Außerdem wurde jedem die sofortige Entlassung angekündigt, der sich weiter weigern sollte, Streikarbeit zu verrichten. Die Abteilung legte nunmehr ebenfalls geschlossenen die Arbeit nieder. Das war am 2. Juni nachmittags 1/4 Uhr. Um 1/2 Uhr am gleichen Tage machte die Firma Bosch durch Aufschlag am Schornstein bekannt, daß der Streik bis auf weiteres stillgelegt werde. Dadurch wurden 3400 Metallarbeiter ausgesperrt. Wir haben schon in Nr. 23 der Metallarbeiter-Zeitung gesagt und nachgewiesen, daß die Firma Bosch den Kampf planmäßig vorbereitet hat und um jeden Preis den Kampf in der jetzigen Phase geschäftszweig, nicht später, haben wollte. Kein anderer als Herr Robert Bosch selbst bestätigte die Richtigkeit dieser unserer Darlegungen durch eine Zuschrift an die bürgerliche Presse Württembergs. Darin sagt er, der Deutsche Metallarbeiter-Verband ziehe bei seinen Mitgliedern regelmäßige Beiträge ein, und um dies zu rechtfertigen, müsse er zeigen, daß er etwas leiste. Er plane den Kampf an, soweit ihm dies jeweils möglich sei. Einer Überlegung, ob eine Forderung recht und billig sei, werde nicht Platz gegeben, sofern der Deutsche Metallarbeiter-Verband glaube, auch eine unbillige Forderung durchzuführen zu können. Zur Begründung dieser Behauptung führt Herr Bosch seine etwas höhere Löhne als die bei den Firmen der gleichen Branche im Vergleich ins Treffen und ferner die geringere Krankheitszahl seiner Arbeiter im Verhältnis zu denen der anderen Firmen. Alle diese Angaben, so führt Bosch fort, hätten den Deutschen Metallarbeiter-Verband nicht abhalten können, unter seiner Arbeiterchaft zu heben und Ende Oktober des Jahres 1912 eine Forderung bei ihm einzubringen auf Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Prozent. Als er dann diese Forderung abgelehnt habe, hätte der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit einer Kontrolle der Lohnverhältnisse seiner Arbeiter gedroht, in dem Bewußtsein, solange er nicht bereit sei, einzulassen, daß er keine Aufhebung. Dann sagt Bosch weiter, der Deutsche Metallarbeiter-Verband habe geltend über Abschließungsverträge, und in der Tat sind manche Abschlüsse, und sogar ganz bedeutend herabgesetzt worden. Die Folge sei aber nicht ein Fallen der Verdienste gewesen, sondern ein Steigen. Das sei ein Beweis dafür, daß die Affordpreise gerechtigt seien. Hier gibt also Herr Bosch zu, daß die Affordpreise „ganz bedeutend herabgesetzt worden“ sind. Sollte die Arbeiterchaft hinterher nicht das selbe oder gar noch mehr bedauern als vorher, dann wäre nach dem Schlußfolgerungen des Herrn Bosch die Forderung der Abschließungsverträge ungeschicklich gewesen, so aber seien sie gerechtfertigt. Es liegt etwas seltsames in dieser Aufstellung des Herrn Bosch; die Arbeiter würden sich das merken. Aber wir werden auch, daß gerade in der Zeit der weltweiten gleich hohen Verdienste der Arbeiter ein Be-

weis dafür erbracht ist, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nicht „heute“ und daß ferner die Arbeiter an der Grenze ihrer Arbeitsleistung angelangt sind. Kein Arbeiter hat die Pflicht, bis zur Erschöpfung und zum Zusammenbruch seine Kräfte dem Unternehmer zu geben, und kein Unternehmer hat unjenseits Wissens bis jetzt eine so hohe Forderung aufgestellt. Deshalb hätte die Firma Bosch endlich ablassen müssen von den dauernden Affordpreiskürzungen. Sie tat es nicht und legte damit den Keim der Enttarnung in ihre Arbeiterchaft. Gerade die Forderung einer Lohnhöhung von 10 Prozent im Herbst 1913 sollte dazu dienen, den unerhörten Affordpreiskürzungen einen Riegel vorzusetzen. Eine andere Bedeutung konnte sie schon deshalb nicht haben, weil sie praktisch nur für den geringen Bruchteil der Arbeiter in Betracht kam, der in Stundenlohn beschäftigt wurde. Die große Mehrheit der Arbeiter hätte dadurch, daß sie in Afford arbeitete und anderes mehr als ihren Stundenlohn verdienten, von den erhöhten Stundenlöhnen keinen unmittelbaren Gewinn gehabt. Bosch lehnte diese Forderung ab, weil er die Gefahr erkannte, die seiner Arbeit nach weiteren Affordpreiskürzungen dadurch drohte. Für die Wiedereinführung seines Betriebes verlangt Herr Bosch „Garantien“, um ruhig und glatt weiterarbeiten zu können. Diese Garantien müssen die Arbeiter ebenfalls haben. Einseitig diktierte Arbeitsbedingungen werden das Unheil nicht aus der Welt schaffen. Die Arbeiterchaft der Firma Robert Bosch muß diesen ihr aufgezwungenen Kampf mit ebenso großer Besonnenheit und Energie durchführen und die Metallarbeiter des ganzen Reiches werden sie darin moralisch unterstützen.

Schlusser.

Freiburg i. S. In Nr. 21 der Metallarbeiter-Zeitung haben wir mitgeteilt, daß am 6. Mai die Arbeit niedergelegt worden ist. Heute können wir mitteilen, daß der Streik beendet und die Arbeitsaufnahme am 2. Juni erfolgt ist. Der Plan der Meister, die Verhältnisse zu verschlechtern, ist mißglückt, alle derartigen Versuche sind zurückgewiesen worden. Daran konnte auch das nichts ändern, daß bei den Verhandlungen einer der Meister erklärte, wir sollten doch nicht von Verschlechterungen sprechen, dies wäre doch lediglich eine Revision. Bei den Verhandlungen vor Ausbruch des Streiks erklärte einer der Meister, daß von den 60 beschäftigten Gesellen doch höchstens 20 die Arbeit niedergelegt würden. Da war der Wunsch der Vater des Gedankens, aber leider war die raue Wirklichkeit anders. Die Arbeitsniederlegung erfolgte geschlossen. Darauf waren die Schlossermeister nicht vorbereitet gewesen. Nun ging doch verschiedene Meister ein Seifenwasser auf, daß die Kündigung des Tarifes nicht gerade ihre schlaueste Tat gewesen sei. Für die Meister, die das ganze Jahr keinen Gesellen beschäftigt, war ja der Zustand nicht unangenehm, sie hatten nur wenigstens einmal Arbeit, wenn auch nicht als selbständige Meister. Über den anderen Meistern war damit doch nicht allzulustig gedient, denen wären ihre alten eingearbeiteten Gesellen lieber gewesen. Dies brachte dann einen Umschwung in der Auffassung hervor und ebnete den Weg zu erneuten Verhandlungen. Diese fanden am 29. Mai unter dem Vorsitz des Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe statt und führten nach vierstündiger Dauer zu einer Verständigung. Die meiste Zeit nahm der Paragraph über die Löhne in Anspruch, denn hier gingen naturgemäß die Ansichten am weitesten auseinander. Dieser Paragraph erhielt folgende Fassung: Der Lohn unterliegt der freien Vereinbarung und wird nach Leistung festgesetzt, soll jedoch nach Ausweis, daß der Arbeiter beständig im Kunst- und Bauhändlergewerbe beschäftigt war und die Gesellenprüfung mit Erfolg bestanden hat, betragen:

	1913	1914	1915
im ersten Jahre nicht unter	36 S	37 S	39 S
= zweiten =	40 =	41 =	43 =
= dritten =	44 bis 46 =	45 bis 47 =	47 bis 49 =
= vierten =	50 =	51 =	53 =
von da an	56 =	57 =	59 =

Allen Arbeitern, die diese oder höhere Löhne haben, oder durch die Tariflöhne diese Zulagen nicht erhalten, werden für 1913 und 1914 die gleichen Zulagen gewährt. Im Jahre 1915 erfolgt als Ausgleich auf die verkürzte Arbeitszeit eine Lohnerhöhung von 2 S die Stunde. In den Tariflöhnen ist diese Lohnerhöhung schon enthalten. Die Löhne steigen also während der Tarifdauer um 5 bis 6 S die Stunde. Die Streikenden erklärten sich mit diesen Zugeständnissen zufrieden und so konnte der Streik beendet werden. Der Kampf wurde gemeinsam mit dem christlichen Metallarbeiterverband geführt. Aufgabe der Kollegen ist es jetzt, dafür zu sorgen, daß der Tarif in jeder Werkstatt eingehalten wird, jeder Verstoß dagegen ist sofort zu melden. Der Zusammenhalt der Kollegen, der während des Streiks ein musterbildender war, muß jetzt erst recht aufrecht erhalten werden. Nur wenn die Organisation gut und geschlossen bleibt, haben die Kollegen die Gewähr, vor Überraschungen geschützt zu sein.

Werkstarbeiter.

Breslau. (Streik auf der E. Wollheim'schen Schiffswerft.) In der E. Wollheim'schen Schiffswerft in Cosel bei Breslau haben am 30. Mai die Metallarbeiter und deren Hilfsarbeiter (zusammen 424 Mann) die Arbeit eingestellt. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte mit den Verbänden der Fabrikarbeiter, Transportarbeiter und dem Christlich-Deutschen Gewerksverein der Maschinenbauer der Firma beschiedene Wünsche unterbreitet, Wünsche, die in anderen gleichartigen Betrieben längst erfüllt sind. Werden in der Coseler Werft doch heute noch Schlosserlöhne von 32 und 34 S für erwachsene und verheiratete Gesellen gezahlt, wogegen der Einstellungslohn im Bauhändlergewerbe für Ausgelernte im ersten Einstellungs Jahre 36 S beträgt. Die Stundenlöhne sollten daher aufgebessert und feste Einstellungsgehälter eingeführt werden. Zunächst lehnte die Direktion ein Verhandeln mit den Organisationsvertretern ab und vermies auf den Arbeitervorschlag. Noch ehe den Organisationsvertretern der absehende Beschluß zuging, unterhandelte der Direktor mit zwei Mitgliedern des Arbeiterausschusses über die Kompetenzfrage; der Direktor meinte, daß bei einer Verhandlung zwischen Direktion und Arbeiterausschuss doch viel eher eine Verständigung erzielt werden könnte. Eine Verammlung der Belegschaft gab dem Arbeiterausschuss den Auftrag zu verhandeln und dies wurde der Direktion mitgeteilt. Am 28. Mai fand die Verhandlung statt, die alle Hoffnungen der Belegschaft zerschanden machte. Der Direktor erklärte, daß auch nicht 1 S zugelegt werde, da die Firma selbst nichts verdienen. Auf die Frage der Einstellungsgehälter wurde nicht näher eingegangen, da diese nach Ansicht des Direktors undenkbar sei. Als darauf am 29. Mai der Belegschaft Bericht erstattet wurde, brach ein Sturm der Enttäuschung los und es wurde beschlossen, am 30. Mai früh 10 Uhr die Arbeit einzustellen. Nur ein paar Mann blieben stehen. In der Bewegung ist tötlich beteiligt sind die Holzschiffbauer, Tischler und Maler, die übrigen Abteilungen sind vollständig lahmgelegt, nur ein paar Lehrlinge oder Hilfsarbeiter bevölkern die Räume. Die Streikenden sind auf eine längere Dauer des Kampfes gefaßt und werden sich dementsprechend einrichten. Die Firma versucht bereits an allen Orten mit Geschäftswerten Leute anzuwerben, sie verpricht durch ihre Agenten hohe Verdienste. Wir warnen die Kollegen davon, auf diese Lockungen einzugehen, da nur durch Streikbrecher der Erfolg unseres Kampfes gefährdet werden kann. Zugunsten der Metallarbeiter aller Art ist streng fernzuhalten.

Rundschau.

Reichstag.

Der Reichstag hat seine Vorkämpfer wieder einmal unterbrochen, um in der Reichstagswoche seinem Hausparlamentarismus Gelegenheit zu geben, das Gesetz über den einmaligen Wehrbeitrag vorzubereiten. Die Regierungsbilligung über den Wehrbeitrag hatte sich auf wenige große, darum aber noch nicht gute und gerechte

Grundzüge beschränkt. Sie wollte im wesentlichen eine Abgabe vom Vermögen, und zwar 1/2 Prozent; das Einkommen sollte dabei nur insofern eine Bedeutung spielen, als es den doch immerhin sehr hohen Betrag von 50 000 M. übersteigt, während die Vermögen bereits von 10 000 M. herangezogen werden sollten. Unnötig zu sagen, daß wie in allen anderen Fällen auch in diesem Entwurf den Agrariern durch eine günstige Berechnung ihres Vermögensstandes eine Extravorteil geboten werden sollte. Von vornherein ließ sich bei den Verhandlungen im Reichstag schon erkennen, daß es ohne sehr wesentliche und tief eingreifende Änderungen der Regierungsvorlage nicht abgehen werde. So ist es denn auch gekommen, wie man jetzt bereits feststellen kann, wo ein Ende der Kommissionsberatungen tatsächlich noch kaum abzusehen ist. Die Mehrheit der Kommission hat aus dem einfachen Vertragsgesetz eine komplizierte Vorlage gemacht, in der Vermögen und Einkommen nahezu gleichmäßig berücksichtigt werden, wennschon das meiste Geld immerhin noch aus der Besteuerung des Vermögens gewonnen werden soll. Frei bleiben, wie es in Regierungsvorlage auch war, alle Vermögen bis zum Betrage von 10 000 M. Von da an geht aber bereits die Besteuerung ein, allerdings für die Stufe bis zu 30 000 M. erst dann, wenn der Beitragspflichtige zugleich über ein Einkommen von mindestens 5000 M. jährlich verfügt. Von 30 000 bis 50 000 M. wird das Vermögen nur herangezogen, wenn der Beitragspflichtige gleichzeitig über ein Mindesteinkommen von 3000 M. pro Jahr zu gebieten hat. Von 50 000 M. an ist alles Vermögen beitragspflichtig. Aber es soll nunmehr nicht, wie die Regierung vorge schlagen hatte, ganz gleichmäßig und ohne Rücksicht auf seine Höhe mit 1/2 Prozent zum Beitrag herangezogen werden, die Besteuerung soll vielmehr stufenweise stärker werden, und zwar in den untersten Stufen beginnend mit 0,15 Prozent und aufsteigend bei den ganz großen Millionenvermögen bis zu 1,5 Prozent, das heißt bis zu dem Zehnfachen des untersten Satzes. Auf diese Weise wird es möglich sein, etwa 850 Millionen aus dem Vermögen herauszuholen. Daneben soll aber auch das Einkommen mit etwa 150 Millionen Mark getroffen werden. Bei dem Einkommen muß man natürlich das Einkommen aus Vermögen und das Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung unterscheiden. Das Einkommen aus Vermögen darf nicht noch einmal besteuert werden, wenn man das Vermögen selbst bereits besteuert hat, weil man sonst zu einer Doppelbesteuerung gelangt. Das übrige, sogenannte freie Einkommen (das nicht aus dem Vermögensbesitz stammt, also keinen Rentencharakter trägt), kann nun entweder direkter Besteuerung zugrunde gelegt oder kann als Ausgangspunkt zu einer steuerrechtlichen Fiktion gemacht werden. Den zweiten Weg hat vorläufig die Mehrheit der Kommission eingeschlagen. Wenn also jemand, um ein Beispiel zu sagen, 100 000 M. Vermögen und daneben 10 000 M. jährliches Einkommen hat, so muß er zunächst erst einmal von seinem Vermögen einen bestimmten Betrag entrichten; dann aber ist er auch mit seinem Einkommen, soweit es nicht aus dem Vermögen selbst stammt, beitragspflichtig. Es werden ihm 5 Prozent aus seinem Vermögen angerechnet, also von 10 000 M. 5000 M. abgezogen, weil das Vermögen selbst bereits besteuert ist; es bleiben dann noch 5000 M. freies Einkommen; diese werden zur Steuer herangezogen, indem man so tut, als ob sie ebenfalls aus Vermögen stammten, sie mit 10 multipliziert = 50 000 und diesen Betrag dem ursprünglichen Vermögen von 100 000 M. hinzugefügt. So kommt man auf 150 000 M. „Gesamtvormögen“, das um als einheitlicher Betrag der Besteuerung zugrunde gelegt wird. Dieser Modus der Besteuerung hat im Laufe mancherlei Widersprüche erzeugt, der allerdings nur zu einem Teile gerechtfertigt ist. Das Ganze spielt sich nämlich hinter den Kulissen ab und enthält keineswegs die Fiktion eines nicht vorhandenen Vermögens, sondern dient lediglich dazu, steuerrechtlich die Aufgabe der Besteuerung rascher und leichter zu bewältigen.

Eine große Rolle hat in den Verhandlungen der Budgetkommission die Frage gespielt, ob die Fürsten mit zu der Steuer heranzuziehen sind oder nicht. Die Vorlage der Regierung ging von der Voraussetzung aus, die auch von den Regierungsvertretern in der Kommission wiederholt bekräftigt wurde, daß die deutschen Fürsten sich „entschlossen hätten“, von ihrem Vermögen ebenfalls einen Beitrag zu dem Mehrbeitrag zu leisten. Die Mehrheit der Kommission war von vornherein der Ansicht, mit solchen Vagen Andeutungen dürfe man sich nicht begnügen. Namentlich kam es ihr aber darauf an, bei dieser Gelegenheit unzweideutig festzustellen, daß die deutschen Fürsten der Besteuerung des Reiches bei direkten Steuern unterliegen, nicht, wie viele schweibehelnde Byzantiner behaupten, von ihr kraft ihrer Souveränität ausgenommen seien. Selbstverständlich haben die Konservativen im Bunde mit den Regierungsvertretern bei dieser Gelegenheit das Un glaublichste aufgestellt, um die ärztlich geliebten Fürsten vor der Besteuerung zu bewahren. Es hat ihnen aber alles nichts genützt: die heftige Lehre vom Januar 1912 wirkt doch noch weit genug so weit nach, daß von den Parteien des Reichstages keine einzige gewagt hat, auf die Seite der Konservativen zu treten. Die Fürsten sind in das Gesetz aufgenommen worden und sind steuerpflichtig.

Anders ist es aber mit den Agrariern geworden. Die Regierung wollte deren Vermögen heranziehen, indem sie es in folgender Weise berechnete: man stellt den Ertragswert des ländlichen Grundbesitzes fest, multipliziert die so gewonnene Summe mit 25 und setzt den festgestellten Betrag als Vermögen ein. Selbstverständlich liegt darin eine starke Begünstigung der Agrarier, weil sie es verstehen, den sogenannten Ertrag ihrer Güter auf dem Papiere beinahe vollständig verschwinden zu lassen. Aber die Mehrheit der Kommission, die sich aus Agrariern, Zentrum und Nationalliberalen zusammensetzte, ging noch viel weiter und hat es fertig gebracht, im wesentlichen sogar nur den zwanzigfachen Betrag des Ertrags als Vermögen den Landwirten anrechnen zu wollen. Ueber diesen Punkt wird es noch sehr heftige Kämpfe bei der zweiten Lesung in der Kommission und schließlich auch im Plenum des Reichstages geben. Weder die Sozialdemokratie noch die bürgerliche Seite sind geneigt, in diesem Punkte ihren Widerstand bereits aufzugeben, sie haben ja auch genug Trümmer in der Hand, um der Regierung vorzumachen, daß es so wie bisher mit den Steuergeetzen im Reich nicht weitergeht. Will die Regierung ihre Regierungsvorlage durchbringen, dann wird sie sehr bald Farbe bekennen und erklären müssen, daß sie geneigt ist, mit der Vorklage eine direkte Besteuerung der Erbschaften oder des Vermögens im Reich durchzuführen. Weigert sie sich, diese Erklärung zu geben, versucht sie vielmehr, die Nationalliberalen zu einem Bunde mit dem Zentrum und den Konservativen herüberzuziehen, dann wird es vermutlich ohne einen Knalleffekt in naher Zeit nicht abgehen.

Die preussischen Landtagswahlen.

Die am 2. Juni vorgenommenen Wahlen zum preussischen Provinzialparlament haben im allgemeinen das Ergebnis gehabt, das man voraussehen konnte, so daß auch während der nächsten fünfjährigen Wahlperiode nicht viel Gutes zu erwarten ist. An Sozialdemokraten werden eingetragene die erwerbten Genossen Girsch, Adolf Hoffmann, Leinert, Liebschnecht und Ströbel, ferner die neu gewählten Genossen Braun, Hänisch, Goser, Paul Hoffmann und Hue. Ohne daß man den übrigen Genossen zu nahe zu treten braucht, kann man sich besonders freuen, daß die Genossen Goser und Hue ge-

wählt worden sind. Deren Wähler und Wahlmänner haben viel politische Einsicht bewiesen und dem ganzen preussischen Proletariat einen hervorragenden Dienst geleistet. Goser ist ostfälischer Rittergutsbesitzer; auf ihn trifft aber all das Schlimme nicht zu, was von der überwindenden Mehrheit seiner Standesgenossen leider gesagt werden muß. Vielmehr ist er ein tüchtiger Landwirt und schon seit vielen Jahren Sozialdemokrat. Ueber Hue brauchen wir an dieser Stelle nichts zu sagen, denn er ist den Lesern der Metallarbeiter-Zeitung schon seit vielen Jahren wohl bekannt. Aber noch immer ist die Zahl der Sozialdemokraten im preussischen Landtag viel zu klein, als daß sie bei den Bestimmungen ins Gewicht fallen könnte. Sie können ja nach der Geschäftsordnung noch nicht einmal als Fraktion anerkannt werden, denn dazu müßten sie mindestens 15 Mann stark sein. Aus diesem Grunde können sie auch noch nicht selbständig Anträge stellen, sondern sie müssen immer noch einige bürgerliche Abgeordnete um ihre Unterschrift bitten, wenn sie Anträge einbringen wollen.

Die Konservativen verloren 7 Sitze; sie haben jetzt 148, den Freikonservativen ist es ebenso ergangen, denn sie sanken auf 53. Die Nationalliberalen stiegen auf 73 und ihre Zunahme beträgt 8. Die Fortschrittliche Volkspartei, 39 Mann stark, gewann 2 Mandate. Das Zentrum bewahrte seinen alten Besitzstand mit 103. Die Polen (12) verloren 2 Sitze. Die Dänen kommen mit 2 Abgeordneten wie zuvor. Neu sind im Landtag 2 Antisemiten und 1 Wlde. Konservativer und Zentrum bilden noch immer schon allein die Mehrheit ohne das Uebrige, was stets treu zu ihnen hält, wenn es sich darum handelt, einen Fortschritt abzuwehren. Ja, sie brauchen nicht einmal vollständig da zu sein. 114 Abgeordnete sind Landwirte, das heißt (mit Ausnahme des Genossen Goser) Agrarier. Außer diesen, die sich selber als Landwirte bezeichnen, gibt es aber noch die Landräte, Ritterchaftsdirektoren etc., alles Leute, die mit den Agrariern stets in eine Kerbe hauen. Dann kommen noch die vielen ehemaligen Staatsbeamten, ferner noch ein Dutzend Offiziere und viele Rechtsanwälte und Richter. Wer kann von diesen Leuten volksfreundliche Tatkraft erwarten! Die stammen fast und fast ausschließlich aus der bestehenden Klasse und wissen gar nicht, wo die Befreiung der Schulpflicht liegt. Der Kampf um die Verbesserung des elend schlechten preussischen Wahlrechtes darf also nicht erlahmen, sondern er muß mit allen Kräften und mit allen Mitteln, die Erfolg verhessen, weitergeführt werden!

Gewerkschaftliches.

Maler. Die am 8. März mit so großem Lärm veranstaltete Aussprechung hat nicht den von den Scharfmachern erhofften Erfolg gehabt. Schon in den ersten Tagen zeigte sich, daß sie nicht den Umfang hatte, den sie haben sollte. Am 15. März waren nach den Feststellungen des Malerverbandes im ganzen 15 782 Gehilfen ausgesperrt, nicht halb soviel, wie es nach den Wünschen der Scharfmacher sein sollte. Viele Unternehmer machten nicht mit. Die Scharfmacher wandten gegen diese alle möglichen Mittel des Terrors an. Wir haben aber nicht erfahren, daß auf Grund des bekannten § 153 dagegen eingeschritten worden wäre. Schon im weiteren Verlauf des März verminderte sich die Zahl der Aussperrten. Die in gewissem Maße gefällten Schiedsprüche wurden von den Gehilfen angenommen, obwohl sie lange nicht das enthielten, was billigerweise gefordert werden konnte. Aber selbst das Gebotene war den Unternehmern noch zu viel und so ging der Kampf weiter. Es kam aber auch zum Abschluß von vielen Sondertarifen, die größtenteils günstige Bedingungen enthielten als die in den Schiedsprüchen festgesetzten. In etlichen Städten kam es sogar so weit, daß die Unternehmer die Aussperrung formell aufhoben. Anderswo wurde der Kampf mit dem Wute der Verzweiflung weitergeführt. Dieser zeigte sich auch bei den Verhandlungen, die am 14. Mai wieder aufgenommen wurden. Da verlangten die Unternehmervertreter sogar die Herabsetzung der durch die Schiedsprüche bestimmten Lohn-erhöhungen für 109 Orte um 1 S., für 81 Orte um 2 S., für 35 Orte um 3 S., für 17 Orte um 4 S., für 2 Orte um 5 S. und für einen Ort um 6 S.; nur in 53 Orten sollte es bei den Schiedsprüchen bleiben! Natürlich wurden diese Forderungen im neuen Schiedspruch zurückgewiesen. Dieser bekräftigte aufs neue die Auffassung, daß die Möglichkeit einer Verständigung der Parteien nur unter unbedingter Annahme der von den früheren drei Unparteiischen gemachten Vorschläge und Schiedsprüche einschließlicher hierzu abgegebenen protokolllarischen Erklärungen gegeben sei. Auch wurden die Sondertarife anerkannt. Nach einiger Sperrerei be-ruenten sich denn die Unternehmer ebenfalls zur Annahme des Schiedspruches. Diese erfolgte mit 30 147 900 M. Lohnsumme gegen 27 993 800 M. Man irrtete sich dann damit, daß die Streikliste der Gewerkschaft ausgepumpt worden sei. Nach einigen Schwierigkeiten konnte die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen.

Um zum Ergebnis der Tarifverhandlungen Stellung nehmen zu können, fand am 21. und 22. Mai eine außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler statt. Delegierte aus Hamburg und Köln traten sitzig für die Ablehnung des Schiedspruches ein. Der Vorstand hatte folgende Reso-lution vorgelegt:

„Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder Deutschlands ist der Ueberzeugung, daß die vom Arbeitgeberverband des Malergewerbes offen ausgesprochene Absicht, durch die von ihm heraufbeschworene Wachtprobe die Gehilfenorganisation niederzurängen und die Arbeiter des Malergewerbes noch weiter wirtschaftlich herab-zudrücken, vollständig mißlungen ist. Das beweist nicht nur der Verlauf und der gegenwärtige Stand der bereits elf Wochen andauernden Aussperrung, sondern auch der am 16. Mai gefällte neue Schiedspruch, durch den der vom Arbeitgeberverband abgelehnte Schiedspruch vom 24. Februar vollständig bestehen bleibt; außerdem daß in Orten, in denen es der Gehilfenorganisation während der Aussperrung gelang, die Lohnverhältnisse gegen den Widerstand des organisierten Unternehmertums vorwärts zu treiben, dies all-gemein durchgeführt werden soll.“

Sind demnach die von den Gehilfenorganisationen von Anfang der Bewegung an aufgestellten Grundzüge allgemein anerkannt und die vom Arbeitgeberverband verfolgten organisations- und arbeiter-feindlichen Pläne geblühend zurückgewiesen worden, so stimmt die Generalversammlung dem neuen Schiedspruch zu, trotzdem sie auch heute noch der schon vor Ausbruch des Kampfes zum Ausdruck ge-brachten Ueberzeugung ist, daß der grundlegende erste Schiedspruch den bestehenden Verhältnissen in Anbetracht der schlechten sozialen Lage der Arbeiter des Malergewerbes nicht genügend Rechnung trägt.

Die Generalversammlung bringt ferner zum Ausdruck, daß der gegenwärtige Kampf mit aller Deutlichkeit gezeigt hat, daß nur eine festgesetzte, gut fundierte und zentrale Organisation imstande ist, die Interessen der Arbeiter gegenüber den Annahmungen eines scharfmacherischen Unternehmertums wirksam zu vertreten. Sollte der Arbeitgeberverband wiederum den Schiedspruch ablehnen, so wird der Kampf nach wie vor in aller Schärfe weitergeführt.

Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß auch in Zukunft die weitere Stärkung und Ausbreitung unseres Verbandes die vornehmste Pflicht der Arbeiterchaft im Malergewerbe sein muß.“ Der zweite Absatz der Resolution wurde in namentlicher Ab-stimmung von 86 Delegierten, die 42 783 Mitglieder vertreten, gegen 13 Delegierte, die 7119 Mitglieder vertreten, angenommen. Sodann erfolgte die einstimmige Annahme der übrigen Teile der Resolution.

Das Taylor-System.

In der Versammlung des Verbandes Süddeutscher Fabrikarbeiter, die am 1. Juni in Freiburg i. Br. stattfand, hielt Pro-fessor Wallach von der Münchener technischen Hochschule einen

Vortrag über das Taylor-System, die automatische Antriebsmühle für die Arbeiter. Durch Abbildungen unterstütz, suchte Wallach zu beweisen, daß nach dem Taylor-System jeder Arbeiter und Beamte dreimal mehr als bisher leisten könne. Er betonte, in Amerika arbeiten nach dem System jetzt schon mehr als 100 000 Arbeiter. Er lasse sich auch auf Deutschland übertragen, und es ermöglichte nicht nur eine Vermehrung der auszuführenden Fabrikate, sondern die Weltmarktstellung Deutschlands sei von der Einführung des Taylor-Systems abhängig. Gegen die Menschenfeinderei nach amerikanischem Muster wandte sich in der Diskussion ein Herr Stoeck aus Biegehausen, der anführte, daß er 80 Betriebe in Amerika, die mit dem Taylor-System arbeiten, beschäftigt habe. Er setze zu der Ueberzeugung gewonnen, daß es in Deutschland nicht eingeführt sei, und das Vorurteil der Arbeiter gegen das System sei berechtigt, da es auf schärfste Ausbeutung hinauslaufe.

Vom Ausland.

Schweiz.

Eine neue Aktion der Scharfmacher in der Schweiz gegen das Streikrecht der Arbeiter.

Die Deutsche Arbeiter-Zeitung berichtete in ihrer Nr. 70 vom 17. Mai ausführlich über die neue Aktion der Arbeiterseinde im Kanton Zürich, das von ihnen im Jahre 1908 in Form der Ergänzung des zürcherischen Strafgesetzes geschaffene Antistreibgesetz zu verschärfen, um in Zukunft die praktische und erfolgreiche Durchführung eines Streiks durch die Arbeiter unmöglich zu machen. Nach den neuen Vorschlägen soll nicht nur die öffentliche Aufforderung zur Begehung einer durch das Gesetz mit Zuchthaus oder Arbeitshaus bedrohten Handlung, zum Austritt oder zur Wiedereingliederung gegen amtliche Verfügungen, auch wenn die „Aufreizung“ erfolglos geblieben ist, sondern auch die „Aufreizung“ zur Verübung solcher Handlungen über-haupt, die mit Freiheitsstrafe bedroht sind, ohne Rücksicht auf den Erfolg, mit Gefängnis oder Geldbuße oder mit beiden Strafen ge-ahndet werden. Da die Gewerkschaftsführer und sozialdemokratischen Redakteure den Scharfmachern nicht den Gefallen getan und jenen bei Streiks die Streikenden direkt zur Ermordung von Streik-brechern aufgefordert haben, um sie schleunigt paden und für längere Zeit hinter Gefängnismauern „unschädlich“ machen lassen zu können, soll nun die Frage der „Strafbaren Aufforderung“ erweiteret werden, um dann unter gefälliger Mitwirkung kapitalistischer gestimmter Richter jede Kritik des Streikbrechergesetzes unmöglich zu machen, indem man sie zu einer „Strafbaren Aufforderung“ stempelt und be-straft. Das ist der Zweck der Uebung.

Sodann wollen die Scharfmacher den deutschen „Land-friedensbruch“, der für das Deutsche Reich selbst schon längst für die Abschaffung reif ist, einführen, indem sie folgende neue Bestimmung vorschlagen: „Wenn bei einer Zusammenrottung von Per-sonen eine andere Person körperlich verletzt oder wenn eine Sach-schädigung begangen wird, so werden die Teilnehmer an der Zu-sammenrottung, wenn sie nicht als Urheber, Gehilfen oder Be-günstiger strafbar sind, mit Gefängnis und Buße oder mit Buße allein bestraft.“ Es soll also niemand mehr, der in die Nähe eines Streikbrechers als ein Freund der Streikenden kommt, in Zukunft der Strafe entgehen.

Das den Ausbeutern und ihren Handlangern aller Sorten am steiften verhasste Streikpostenstehen soll nicht direkt ver-bieten, aber seine praktische Ausübung durch ein Netz von gesetz-lichen Fallstricken unmöglich gemacht werden. Zu diesem Behufe werden folgende Bestimmungen vorgeschlagen: „Mit Gefängnis, ver-bunden mit Buße, oder mit Buße allein wird bestraft: a) wer ohne Recht oder mit Ueberschreitung der Grenzen seines Rechtes durch körperliche Gewalt oder Drohung jemand zu einer Handlung oder Unterlassung zwingt; b) wer ohne Recht oder mit Ueberschreitung der Grenzen seines Rechtes durch körperliche Gewalt oder Drohung oder Belästigung (durch Abpassen, Begleiten, Verfolgen, Beschimpfen) jemand von der Ausübung seines Berufes oder vom Betriebe seines Geschäftes oder von der Arbeit überhaupt abzu-halten sucht oder darin hilft; c) wer sich zu diesem Zweck in der Nähe eines Geschäftsklokales, eines Werkplatzes, einer Arbeitsstelle, einer Wohnung oder eines Unterzunftlokales aufstellt, insofern die Tat nicht unter eine andere Strafbestimmung fällt.“

Sinn und Geist dieser Bestimmung bedeuten das tatsächliche Verbot des Streikpostenstehens, formell aber wird das Verbot nicht ausgeprochen, das Streikpostenstehen also erlaubt. Auf diese haben-lose Feuchelei treffen die bekannten Worte Brentanos voll-inhaltlich zu: „Die deutschen (hier also die schweizerischen) Arbeiter haben das Koalitionsrecht, aber wenn sie es gebrauchen, werden sie bestraft.“

Den Scharfmachern genügen auch nicht die bishe rigen Massenabweisungen von Ausländern bei Streiks, sie fordern noch mehr Opfer. Nach ihrem neuen Vorschlag über diesen Punkt müssen Ausländer ausgewiesen werden, wenn sie 1. wegen eines im Rückfall begangenen Vergehens oder 2. wegen mehrerer gleichartiger Vergehen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden oder wenn endlich 3. die verhängte Freiheitsstrafe die Dauer von sechs Monaten übersteigt.

Und schließlich, da es in einem geht, wird den Ange-stellten und Arbeitern öffentlicher Betriebe das Streikrecht beseitigt, indem die gemeinsame Arbeitseinstellung unter Strafe gestellt wird.

Es ist ganze Arbeit, die da die Scharfmacher und Arbeiter-seinde machen wollen, von denen der frühere Führer der Gelben, Spall-Fröhlich, im Zürcher Volksrecht erklärte, daß sie in einer Woche mehr Terror verüben, als die Arbeiterchaft im ganzen Jahr. Diese reaktionären Scharfmacher sind dieselben geachteten und profitwütigen Bürger-verbändler, die 1908 das Antistreibgesetz machten und vor wenigen Wochen die amtliche Inventarisation abschafften, um völlige Frei-heit für den Steuerbeitrag zu haben.

Vier 1908 ist auch die verschärfte Neuauflage des Antistreib-gesetzes in die Form eines Initiativbegehrens gebracht, für das 5000 Unterschriften von stimmberechtigten Bürgern gesammelt wer-den müssen, die angesichts der zahlreichen kapitalistischen Arbeiter-seinde ohne große Schwierigkeiten werden aufgebracht werden, ob-wohl selbst ein Teil der bürgerlichen Presse die neueste Reaktion der Scharfmacher bekämpft und direkt ihre Parteigänger vor der Unterzeichnung der Unterschriftenbogen warnt.

So schreit der demokratische Winterthurer Landbote dazu: „Gewisse Leute in unserem Kanton nehmen denn doch nachgerade ein Sonderrecht in Anspruch mit einer Ungeheuerlichkeit, die nicht jedermann zur Verfügung steht. Das Volksinitiativrecht ist keine Hohlhand. Die kostbare Zeit der Behörden immer mehr mit frucht-losen Debatten über Streikfragen auszufüllen, danach besteht gewiß nirgends ein großes Bedürfnis. Mit papierenen Strafbestimmungen wird das vorliegende Initiativbegehren die zurage getretenen schweren sozialen Schäden so wenig heilen können wie die Nobelle von 1908 es zu tun vermochte, dazu bedarf es ganz anderer Mittel. Wir ersuchen daher, die Unterschriftenbogen, wo sie aufgelegt wer-den, nicht zu unterzeichnen.“

Ganz entgegengesetzt wendet sich die konservative Zürcher Frei-tags-Zeitung gegen die neue Scharfmacherlei der echt rus-sischen Leute in Zürich, die ausruft: „Werchome man den Kanton Zürich mit einer neuen Streikinitiativ“ und dann weiter ausführlich: „Man muß förmlich erschrecken vor den Wir-kungen dieser neuen Klassenlampenfertigen Unternehmung von bürgerlicher Seite, vor den neuen, absolut unschätzbaren Kämpfen, der neuen habschäftigen, Monate und Jahre hindurch dauernden Agitation dafür und da-gegen, den neuen, endlosen Ratsverhandlungen, den die wichtigsten und dringendsten Staatsaufgaben abermals verdrängenden Sorgen und Aufregungen bis zur endlichen Volksabstimmung!“

Letzte Nachrichten.

Düffelborf. Der Emailermeister Schmitz reist seit 14 Tagen im Lande umher und sucht Arbeitswillige für die Rhein- und Er soll sich jetzt in der Rheinpfalz befinden und dort Arbeitswillige angeworben haben. Zugunfte unter allen Umständen fernzuhalten!

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen. (In allen Versammlungen werden Mitglieder ausgen.) Samstag, 14. Juni: Offenburger. Zum Schützen, 1/9 Uhr. Pfaffenburger. Passauer Hof, 7 1/2 Uhr.

- Gestorben. Richard Friedrich Dietrich, 63 Jahre, Heringshäuser, 22 Jahre, freiwilliger Tod. Paul Otto Ficker, Arbeiter, 38 J., Lungenerkrankung.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziselreure

Berlin C. 54, Linienstraße 83/85.

Privat-Anzeigen.

- Ein jungerer Feilenhauer findet dauernde Arbeit bei S. Henniger-Profer, Neuhäuser am Rheinfall, Kanonenschaffhäuser.

Wichtig 7000 bis 8000 Franken aus der Unternehmerstreikbewegungs-kasse ausgezahlt und diese materielle Hilfe erhöhte natürlich seine Widerstandskraft.

An die Belegierten zur Generalversammlung!

Die zur Generalversammlung in Breslau über Leipzig reisenden Delegierten werden ersucht, die Internationale Bautsch-Ausstellung zu besichtigen. Sie bietet namentlich für die in der Arbeiterbewegung tätigen Kollegen sehr viel Wissenswertes und dürfte dadurch sehr anregend wirken.

Im besonderen wird die Ausstellung der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften — und unsere Kollegen vor allen Dingen die Ausstellung unseres Verbandes — lebhaft interessieren.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wenden man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Die Reichsversicherungsordnung und Reichsversicherung für Angestellte. Gemeinverständlich organisch dargestellt mit einer kritisch-geschichtlichen Einleitung von Rich. Lipinski. 32 Seiten, 20 g. Verlag von Rich. Lipski, Leipzig.

Zu Richard Wagners hundertstem Geburtstag (22. Mai 1913) hat die Zeitschrift des Georg Meißner in München geleitete Buchenschrift für das deutsche Volk, eine bemerkenswerte Würdigung des Mannes und Komponisten Wagner aus der Feder S. G. Kallenbergs gebracht.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

Der von der letzten Generalversammlung gewählte Aufsichtsrat — jüngerer Ansehens genannt — hat sich konstituiert. Alle Zuschriften an ihn sind zu adressieren an den Vorsitzenden, Herrn Paul Deutschmann, Berlin 34, Löwenstraße 27.

Der Kampf gegen die dreijährige Dienzeit ist jetzt hohe Wellen und selbst die Kaiserkammern bilden dagegen nicht gleichgültigen Schutz. Die im Oktober zuerückenden Reichstagen sollen nach Annahme des Gesetzes ein drittes Jahr weiterdauern, und dieser Beschluß hat unter dem Eindruck einer von der Reichstagsverwaltung herbeigeführten, die sich dann in Kammerdebatten und selbst Reden gegen die dreijährige Dienzeit zeigte.

Und ein andermal sagt das gleiche Blatt: „1. Die neue Streikinitiative ist ein politischer Unsinn. 2. Die neue Streikinitiative ist ein Unrecht gegenüber dem Staat und dem Großteil der Bürger-schaft. 3. Die neue Streikinitiative ist ein Produkt politischer Kurzsichtigkeit, entstanden in Kreisen, die nur eines politischen Gedankens fähig sind: des Kampfes gegen die Sozialdemokratie.“

Italien.

Seit dem 19. März stehen in Turin 7000 Arbeiter der Automobilindustrie im Streik. Die Unternehmer wollen einen im vorigen Jahre nach zweimonatigem Kampfe errungenen Tarifvertrag nicht innehalten und als Vorwand zur Ausperrung dienen ihnen ein kleiner Streik.

Frankreich.

Die Reaktion nimmt in Frankreich in bedenklicher Weise zu. Erst kamen die neuen Militärforderungen, dann die Wiedererrichtung der dreijährigen Dienzeit und jetzt versucht die herrschende Klasse auch noch die Protektion des Protektors gegen diesen neuen drohenden Rückschritt mit allen Mitteln zu unterbinden.

Frankreich (weiter).

Der Kampf gegen die dreijährige Dienzeit ist jetzt hohe Wellen und selbst die Kaiserkammern bilden dagegen nicht gleichgültigen Schutz. Die im Oktober zuerückenden Reichstagen sollen nach Annahme des Gesetzes ein drittes Jahr weiterdauern, und dieser Beschluß hat unter dem Eindruck einer von der Reichstagsverwaltung herbeigeführten, die sich dann in Kammerdebatten und selbst Reden gegen die dreijährige Dienzeit zeigte.

Frankreich (weiter).

Der Kampf gegen die dreijährige Dienzeit ist jetzt hohe Wellen und selbst die Kaiserkammern bilden dagegen nicht gleichgültigen Schutz. Die im Oktober zuerückenden Reichstagen sollen nach Annahme des Gesetzes ein drittes Jahr weiterdauern, und dieser Beschluß hat unter dem Eindruck einer von der Reichstagsverwaltung herbeigeführten, die sich dann in Kammerdebatten und selbst Reden gegen die dreijährige Dienzeit zeigte.

Frankreich (weiter).

Der Kampf gegen die dreijährige Dienzeit ist jetzt hohe Wellen und selbst die Kaiserkammern bilden dagegen nicht gleichgültigen Schutz. Die im Oktober zuerückenden Reichstagen sollen nach Annahme des Gesetzes ein drittes Jahr weiterdauern, und dieser Beschluß hat unter dem Eindruck einer von der Reichstagsverwaltung herbeigeführten, die sich dann in Kammerdebatten und selbst Reden gegen die dreijährige Dienzeit zeigte.

Frankreich (weiter).

Der Kampf gegen die dreijährige Dienzeit ist jetzt hohe Wellen und selbst die Kaiserkammern bilden dagegen nicht gleichgültigen Schutz. Die im Oktober zuerückenden Reichstagen sollen nach Annahme des Gesetzes ein drittes Jahr weiterdauern, und dieser Beschluß hat unter dem Eindruck einer von der Reichstagsverwaltung herbeigeführten, die sich dann in Kammerdebatten und selbst Reden gegen die dreijährige Dienzeit zeigte.

Frankreich (weiter).

Der Kampf gegen die dreijährige Dienzeit ist jetzt hohe Wellen und selbst die Kaiserkammern bilden dagegen nicht gleichgültigen Schutz. Die im Oktober zuerückenden Reichstagen sollen nach Annahme des Gesetzes ein drittes Jahr weiterdauern, und dieser Beschluß hat unter dem Eindruck einer von der Reichstagsverwaltung herbeigeführten, die sich dann in Kammerdebatten und selbst Reden gegen die dreijährige Dienzeit zeigte.

Der Kampf gegen die dreijährige Dienzeit ist jetzt hohe Wellen und selbst die Kaiserkammern bilden dagegen nicht gleichgültigen Schutz. Die im Oktober zuerückenden Reichstagen sollen nach Annahme des Gesetzes ein drittes Jahr weiterdauern, und dieser Beschluß hat unter dem Eindruck einer von der Reichstagsverwaltung herbeigeführten, die sich dann in Kammerdebatten und selbst Reden gegen die dreijährige Dienzeit zeigte.

